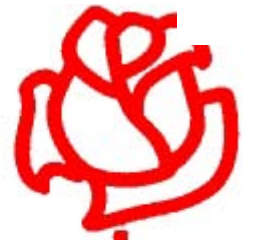


Monatsspiegel



Februar 2010



Adressaufkleber

SPD

Erlangen

Solidarisch bei Steuern, Gesundheit, Familie und Bildung

Bundespolitische Schwerpunkte 2010

Liebe Genossinnen und Genossen, zunächst wünsche Euch allen ein gutes und vor allem gesundes neues Jahr. Politisch wird es kein leichtes Jahr: 2010 stehen uns schwere Entscheidungen bevor:

- Die Finanz- und Wirtschaftskrise ist noch nicht bewältigt.
- Dieser tiefste ökonomische Einbruch in der bundesdeutschen Geschichte wurde verursacht durch verantwortungslose Spekulation auf den Finanzmärkten.
- Er hat die produzierenden Unternehmen schwer getroffen.
- Er hat die öffentlichen Haushalte stark belastet.

In dieser Situation kommt alles darauf an, dass wir eine nachhaltige Politik für Wachstum und Arbeit machen, dass wir den Investitionen Vorrang geben, Zukunftsbranchen bei Energie und Umwelt entwickeln und vor allem die Bildung verbessern.

Schwarz-gelb: Leere Kassen und Steuer-geschenke für Hoteliers und Millionäre

Regierungschaos und fatale Fehlentscheidungen vor allem in der Finanzpolitik: Die Steuer-Hasardeure in Union und FDP haben sich mit dem „Wachstumsbeschleunigungsgesetz“ durchgesetzt. Die Bezeichnung ist unverschämter Etikettenschwindel. Denn dies ist ein Gesetz, das kein Wachstum schafft, sondern Schulden beschleunigt, Bürokratie schafft und Zukunft verhindert. 100 Milliarden neue Kredite muss der Bund 2010 aufnehmen!

Das Gesetz ist nichts anderes als eine Kampfansage an die Steuergerechtigkeit und ein Raubzug auf Kosten der Zukunft. Die Folgen für uns alle sind katastrophal: Die Länder kostet das 2010 mindestens 2,5 Milliarden Euro, die Kommunen mindestens 1,1 Milliarden Euro. Ab 2011 gehen für die Länder 10,1 Milliarden, für die Kommunen 6 Milliarden Euro jährlich verloren. Und wofür das alles? Für ein

■ **Von Marlene Rupprecht**
Mitglied des Bundestags



Mehrwertsteuerprivileg auf Hotelübernachtungen, für Privilegien für Firmenerben am Rand der Verfassungswidrigkeit, für Begünstigung von Gewinnverlagerungen ins Ausland und Beihilfe zu Strategien der Steuervermeidung.

Der zweite Streich soll, laut Koalitionsvertrag „möglichst“ ab 2011, ein Stufen-tarif bei der Einkommenssteuer sein. Nach einer Studie des Forschungsinstitutes für Arbeit würde ein derartiges Modell 51,8 Milliarden Euro an Steuerverlusten bringen. Das wäre die Prekarisierung des Staates, die eine Verarmung großer Teile unserer Gesellschaft nach sich ziehen würde.

Fortsetzung auf Seite 3

■ Termine

02.02.	20:00	Distrikt Tennenlohe	Schlossgaststätte	S. 16
03.02.	20:00	AsF: Jahreshauptversammlung	August-Bebel-Haus	S. 18
11.02.	20:00	Kreismitgliederversammlung	Turnerbund	S. 3
16.02.	20:00	Jusos: Mitgliederversammlung	August-Bebel-Haus	S. 19
16.02.	20:00	Distrikt Eltersdorf	Schützenhaus	S. 15
17.02.	15:00	60plus: Jahreshauptversammlung	August-Bebel-Haus	S. 18
23.02.	20:00	Distrikt Innenstadt: JHV	Kulisse	S. 15
23.02.	20:00	Distrikt Ost	AWO Ost	S. 15
24.02.	20:00	Wirtschaftspolitischer Arbeitskreis	August-Bebel-Haus	S. 4
24.02.	20:00	Distrikt West: Jahreshauptversammlung	Güthlein	S. 17
24.02.	20:00	Distrikt Süd	Röthelheim-Biergarten	S. 16
26.02.	20:00	Linkes Forum Erlangen	Orpheus	S. 13
02.03.	20:00	Jusos: Jahreshauptversammlung	August-Bebel-Haus	S. 19
09.03.	20:00	Distrikt Tennenlohe: JHV	Schlossgaststätte	S. 16

Kontakt

Kreisverband Erlangen-Stadt
Vorsitzender: Dieter Rosner
Geschäftsführerin: Sabine Wehner
Friedrich-List-Straße 5
91054 Erlangen
Telefon: 09131-8126522
Fax: 09131-8126513
E-Mail: buero@spd-erlangen.de
Internet: www.spd-erlangen.de
Bankverbindung: Sparkasse Erlangen, BLZ 76350000, Konto-Nr. 12005

Bürozeiten:

Montag 10:00 bis 12:00 Uhr
Dienstag 10:00 bis 12:00 Uhr
Mittwoch 10:00 bis 12:00 Uhr
Donnerstag 16:00 bis 18:00 Uhr
Freitag geschlossen

Impressum

Herausgeber
SPD-Kreisverband Erlangen
Friedrich-List-Straße 5, 91054 Erlangen

Presserechtliche Verantwortung und Leitung

Philipp Dees
Lichtenfelser Weg 6
91056 Erlangen
Telefon: 09131-483791
monatsspiegel@spd-erlangen.de

Mitarbeit: Lars Thomsen

Druck: Nitsch Druck, Erlangen

Auflage: 700 Stück

SPD: Wir brauchen den handlungsfähigen Sozialstaat!

Wir brauchen aber einen handlungsfähigen Sozialstaat – und die SPD wird weiterhin vehement dafür kämpfen! Wir brauchen ein solidarisches System der sozialen Sicherung, damit die Gesell-



Marlene Rupprecht in einer Diskussionsveranstaltung mit der stellvertretenden SPD-Vorsitzenden Manuela Schwesig

schaft nicht zerreißt. Schwarz-Gelb aber spielt mit diesem fundamentalen Gesellschaftsvertrag. Die solidarische und gerechte Finanzierung der Risiken bei Krankheit und Pflegebedürftigkeit soll aufgekündigt werden. Der Weg in die Entsolidarisierung und die Privatisierung sozialer Risiken.

Es wirkt aberwitzig: Während in den USA Barack Obama mit einem Kraftakt gerade versucht, Millionen Menschen ohne Krankenversicherung, die für die kostenlose Versorgung in einem Fußballstadion Schlange stehen müssen, unter das Dach eines sicheren Gesundheitssystems zu bekommen, versuchen Union und FDP genau diese Sicherheit bei uns zu zerstören.

Wollte man die soziale Schieflage über einen den steuerfinanzierten Sozialausgleich ausgleichen wollen, so wären dafür 35 Milliarden Euro Steuergeld nötig! Das ist die schwarz-gelbe Lüge vom Sozialausgleich, den es nie geben wird.

Gleiche Chancen von Anfang an!

Zum Kampf der Kinderarmut in Deutschland aber gibt Schwarz-Gelb keine Antwort. Zur Lage Alleinerziehender, und oft sind es die Frauen, zur Lage von Kindern, deren Eltern arbeitslos sind, schweigt die Koalition. Stattdessen Freibeträge für Wohlhabende. Diese helfen nicht den Familien, die Hilfe dringend benötigen. 1,7 Millionen Kinder in Deutschland leben in Familien, die auf

Grundsicherung angewiesen sind. Sie haben nichts von der Erhöhung des Kindergeldes, da das Kindergeld auf den Hartz-IV-Satz angerechnet wird. Zusätzlich will Schwarz-Gelb bis zu 1,9 Milliarden Euro für das so genannte „Betreuungsgeld“ verpulvern. Es soll eine Prämie dafür sein, Kinder nicht in den Kindergarten zu schicken und vom Lernen mit anderen Kindern fernzuhalten.

So werden Lebenswege blockiert, so wird Benachteiligung vererbt. Der Präsident des Deutschen Kinderhilfswerks sagt: „Einerseits frühkindliche Betreuung auszubauen und andererseits Eltern mit 150 Euro pro Kind zu überreden, diese nicht in Anspruch zu nehmen, ist idiotisch.“

Wir stehen an der Seite der Studierenden!

Kurz vor Jahresende hat Angela Merkel das Treffen mit den Ministerpräsidenten zu einem „Bildungsgipfel“ aufgeblasen und große Erwartungen geschürt. Die angekündigte Pressekonferenz von

Merkel und Schavan wurde kurzerhand abgesagt.

Brandenburgs SPD-Ministerpräsident Matthias Platzeck meinte dazu: „Das Jahr 2009 geht zu Ende mit der Gewissheit, dass Hotelketten Steuergeschenke bekommen, und mit der Ungewissheit, wie wir die Bildungschancen unserer Kinder bezahlen. Das zeigt die wirklichen Prioritäten dieser Kanzlerin.“

Wir fordern eine ehrliche Position zur Finanzierung von Bildung:

- 10 Milliarden Euro zusätzlich in Bildung und Wissenschaft
- Verzicht auf unsinnige Subventionen und Privilegien
- einen „Bildungssoli“ für Spitzenverdiener

Die Proteste der Schülerinnen und Schüler und Studierenden für bessere Lehr- und Lernbedingungen und für mehr Chancengleichheit in der Bildung – und für die Stärkung des Menschenrechts auf Bildung- verdienen Anerkennung, Respekt und Unterstützung. Wir unterstützen die Studierenden und wollen einen „Pakt für Studienqualität und gute Lehre“:

- Bund und Länder müssen für bessere Studienbedingungen mindestens 3 Mrd. Euro zusätzlich für 3 Jahre zur Verfügung stellen.
- Eine BAföG-Novelle mit höherem BAföG für mehr Studierende und Schüler muss kommen.

Fortsetzung auf Seite 4

Kreismitgliederversammlung

Liebe Genossinnen und Genossen,
wir laden Euch herzlich ein zur unserer nächsten

Kreismitgliederversammlung

am Donnerstag, den 11. Februar 2010, 20.00 Uhr
Turnerbund, Spardorfer Straße 79

Als Tagesordnung schlagen wir Euch vor:

1. Aktuelles und Begrüßung der Neumitglieder
2. **Fehlstart Schwarz-Gelb - Wofür steht die SPD**
Diskussion mit Marlene Rupprecht MdB
3. Anträge
4. Berichte aus den Disktrikten und Arbeitsgemeinschaften
5. Verschiedenes

Dieter Rosner

Dirk Goldenstein

Sandra Radue

- Die Überarbeitung der Bachelor/Master-Studienreform muss länderübergreifend erfolgen
- Wir brauchen zusätzliches Lehrpersonal bei Professoren, Juniorprofessuren und im Mittelbau.
- Ein dialogorientiertes Zulassungsverfahren muss zügig umgesetzt und dabei die Teilnahme aller Hochschulen sowie die Entlastung der Studierenden gesichert werden.

Chancengleichheit und gerechte Teilhabe auch in Zukunft!

Deutschland kann nur dann gestärkt aus der Krise kommen, wenn Chancengleichheit, sozialer Ausgleich, Integration und gerechte Teilhabe unser ganzes Bildungssystem und unsere Arbeitswelt prägen. Neue Studien belegen, dass der Großteil, mehr als 70 % der Menschen in Deutschland die zunehmende soziale Ungleichheit als Hauptproblem unserer Gesellschaft sehen.

Damit Stagnation von Löhnen, Schwund von Kaufkraft und Verschlechterung der Arbeitsbedingungen überwunden werden, kämpfen wir mit den Gewerkschaften dafür, dass die Rechte der Arbeitnehmer gesichert und die Augenhöhe im Verhältnis von Kapital und Arbeit wieder gewonnen wird.

Dazu braucht es eine starke Sozialdemokratie – lasst uns gemeinsam dafür kämpfen!

Eure
Marlene Rupprecht, MdB

Wirtschaftspolitischer Arbeitskreis

Wir treffen uns wieder

**am Mittwoch, dem
24.02., um 20 Uhr im
Sitzungszimmer des
August-Bebel-Hauses**

Außer „Aktuelles“ wollen wir da vor allem Bilanz ziehen aus unseren Diskussionen des vergangenen Jahres zur Politischen Ökonomie der Finanzmärkte und politische Folgerungen und Forderungen diskutieren

Helmut Pfister

100 schwarz-gelbe Chaos-Tage

Antrag an die Kreismitgliederversammlung am 11.02.2010

AntragstellerIn: geschäftsführender Kreisvorstand

Die Erlanger SPD bewertet die ersten (fast 100) Tage der schwarz-gelben Koalition als einen Fehlstart. Die im Koalitionsvertrag beschlossenen Maßnahmen gefährden die Stabilität der Haushalte und die soziale Balance im Land nachhaltig. Insbesondere die Steuersenkungsorgie ist wirtschaftspolitisch nicht zu rechtfertigten und haushaltspolitisch unverantwortlich. Wer Steuermilliarden ohne Sinn und Verstand herschenkt und auf der anderen Seite kein Geld für einen Zuschuss zur Arbeitslosenversicherung mehr übrig haben will, betreibt eine aktive Umverteilung zu Lasten der großen Mehrheit der arbeitenden Menschen in unserem Land. Wir Sozialdemokraten verurteilen diese Politik der sozialen Kälte und des haushaltspolitischen Wahnsinns!

Begründung:

Die Wirtschaftskrise hat gezeigt: Wir brauchen nicht weniger, sondern mehr Staat, um in einer sicheren und gerechten Gesellschaft zu leben. CDU, CSU und FDP entziehen dem Staat durch die einseitigen Steuergeschenke an ihre Klientel (und ihre Großspender!) die Mittel, die er dringend benötigt. Bereits jetzt kündigt Schäuble für 2011 massive Einschnitte an. Man muss kein Hellseher sein um zu wissen, wo er die Axt anlegen wird: am Sozialsystem!

Wir Sozialdemokraten haben stets Verantwortungsbewusstsein für die Zukunft bewiesen und uns immer um ausgewogene Haushalte gekümmert und auf manche Wohltat verzichtet – auch wenn uns dies sehr weh getan hat. Wer sich allerdings wie Union und FDP selbst durch das Verschenken der Staatseinnahmen die Sachzwänge künstlich schafft, die erst zum Sparen zwingen, darf sich nicht auf den gewollten und bewusst provozierten Sachzwang berufen. Diese Politik werden wir auf das schärfste bekämpfen.

Interessant ist die geistig-politische Wende, von der Westerwelle gerne spricht: Der Zusammenhang zwischen den Großspenden von Hotelinvestoren und der überraschenden Umsatzsteuersenkung liegt auf der Hand. Bei Schwarz-Gelb zieht sich eine direkte Linie von Flick und der staatsbürgerlichen Gesellschaft, über Kohl und das System schwarzer Kassen bis in die neue Regierung hinein. Diese Art der „Privatisierung“ der Politik lehnen wir Sozialdemokraten ab! Dass Angela Merkel mit Wolfgang Schäuble jemanden, der bis zum Hals im System der schwarzen Kassen der CDU verstrickt war, zum Kassenwart der Regierung gemacht hat, ist ein Skandal und zeigt, wes Geistes Kind sie wirklich ist.

Einführung einer „Kulturabgabe“

Antrag an die Kreismitgliederversammlung am 11.02.2010

Antragsteller: Dirk Goldenstein

Die Erlanger SPD fordert, eine „Kulturabgabe“ nach Kölner Vorbild in Erlangen einzuführen. Die Stadtratsfraktion wird beauftragt, die Möglichkeit der Einführung einer „Kulturabgabe“ nach Kölner Vorbild auch in Erlangen zu prüfen und – soweit diese möglich ist – deren Einführung zu beantragen.

Begründung:

Derzeit laufen in Erlangen Haushaltsberatungen, die die dramatische Haushaltslage offenbaren. Aufgrund der Wirtschaftskrise fehlt in unserer Stadt das Geld für viele wichtige, unter anderem kulturelle Ausgaben. Aufgrund des haushaltspolitisch selbstmörderischen und wirtschaftspolitisch unsinnigen (Um-

satz-)Steuergeschenkes der Schwarz-Gelben Regierung an die Hotellerie schwimmt die Branche derzeit so im Geld, dass diese reichlich davon an die Regierungsparteien als Spende geben kann. Unsere Stadt hat Unterstützung mindestens ebenso so notwendig. Unsere Stadt muss einen guten Teil des Steuergeschenkes mitbezahlen! Zudem trägt das Erlanger Kulturleben (Comicsalon, Poetenfest, Theater Erlangen, etc.) dazu bei, Übernachtungsgäste anzuziehen. Daher ist es recht und billig, wenn die Hotels etwas von dem unverhofften Geldsegen an die Stadt zurückgeben, um das kulturelle Leben weiterhin zu erhalten, Unsere Stadt darf nicht der Verlierer im schwarz-gelben Koalitionspoker sein!

Antrag zur Vermeidung von Interessenkollisionen und demokratiegefährdenden, aggressivem Lobbyismus in unserem Staatswesen

Antrag an die Kreismitgliederversammlung am 11.02.2010

Antragsteller: Michael Meil

- 1.) Großspenden, Spenden von nicht Wahlberechtigten ohne Bezug zu unserem parlamentarischen System und Spenden von Firmen und v.a. Großunternehmen, Verbänden und u.ä. müssen strikt unterbunden werden, um den Aufbau von möglichen oder auch nur vermeintlichen Abhängigkeitsstrukturen besser ausschließen zu können.
- 2.) Des weiteren ist dafür Sorge zu tragen, dass an Parteien nur natürliche und wahlberechtigte Personen spenden. Diese Spenden haben sich auf einen Höchstbetrag pro Person und Jahr zu beschränken, um auch die Gefahr der persönlichen Einflußnahmen auf zu gestaltende Politik „über den Geldbeutel“ ebenfalls von vornherein auszuschließen.
- 3.) Aus Transparenzgründen müssen ALLE eingegangenen Spenden und die Spender in einem tagesaktuellen Internetportal bekanntgegeben werden.
- 4.) Gesetze, Verordnungen, Vorlagen für Parlamente, parlamentarische Ausschüsse und Gremien sowie für exekutive Institutionen des Staates selbst sind aus Gründen der demokratischen Transparenz und der politischen Hygiene stets von seiten der hierzu bestimmten Personen und Einrichtungen zu erstellen (z.B. der Ministerialbürokratie). Sofern personelle Kapazitäten und Kompetenzen fehlen, müssen hier unbedingt Personalaufstokungen erfolgen.
- 5.) Es ist dafür Sorge zu tragen, dass auch eine Art „Bannmeile“ um die entsprechenden Landes- und Bundesministerien und -parlamentsgebäude für Interessenverbände u.ä. gezogen wird. Verbände und deren Vertreter haben zumindest in den Räumlichkeiten der dortigen demokratischen Legislative und der Exekutive nichts zu suchen bzw. dürfen dort keine Büros o.ä. unterhalten.
- 6.) Politische Mandatsträger auf Bundes- und Landesebene haben genügend Diäten bzw. Besoldungen (wesentlich mehr als heute !!) und nach Mandats-

ausübung 5 Jahre lang großzügige Übergangsgelder zu erhalten, damit z.B. auch dadurch indirekte Einflußnahmen (z.B. über Angebote späterer lukrativer Jobs etc.) besser und strikter unterbunden werden. Dafür müssen diese im Gegenzug während Ihrer Mandatsausübung und 5 Jahre danach auf Bezahlungen aus Beiratstätigkeiten, Aufsichtsrats- und Berufs- und Beratertätigkeiten u.ä. zwingend verzichten. So viel muß uns an dieser Stelle unsere Demokratie Wert sein.

Begründung:

Wie erst die jüngste Enthüllung über die Großspenden an etablierte Parteien aus dem Hotelgewerbe zeigt, stellen z.B. Geldspenden von nicht natürlichen Personen eine mögliche Gefahr der einseitigen, demokratisch nicht mehr kontrollierbare Einflussnahme auf Entscheidungsträger - insbesondere der Politik - dar.

Dass die Einflussnahme von Minderheiten auf an sich mehrheitsfähig zu gestaltende Politik nichts mehr "Gefühletes", sondern offenbar v.a. von den etablierten Parteien leider zur akzeptierten Realität geworden ist, zeigt sogar eine massive Beanstandung bereits Anfang 2008 zum Thema durch den Bunderechnungshof; So wurde hier die (nun sogar rechtlich abgesicherte) Etablierung von Lobby-Interessen innerhalb der demokratischen Gremien z.B. durch Einstellung sog. "Leihbeamter" sehr massiv beanstandet. Darin kritisiert der Bundesrechnungshof u.a., dass seinem Prüfbericht zufolge, mehrere Ministerien Mitarbeiter haben, die direkt von privaten Interessengruppen bezahlt werden. So brachten etwa Bayer, BASF und IBM ihre eigenen Leute im Wirtschaftsministerium unter. Zwischen 2004 und 2006 hat beispielsweise die Bundesregierung so jeweils zirka 100 externe Mitarbeiter beschäftigt, die mehrheitlich von Interessenverbänden oder Unternehmen weiter bezahlt worden sind. Sie durften teilweise oder manchmal sogar vollständig und (wenn auch formal kaschiert) federführend an Gesetzentwürfen mitwirken. Deshalb hat

(sogar !!) der Bundesrechnungshof schon damals massiv Alarm geschlagen. Außer Absichtserklärungen, dass man künftig für "Transparenz" sorgen würde, ist da aber inhaltlich da wohl weiter nichts Bewegendes geschehen.

Insbesondere die Bevölkerung kann aber erwarten, dass ihre gewählten Vertreter sich voll und ganz mit den jeweiligen, zur Entscheidung anstehenden und später umzusetzenden, Gesetzen befassen und sich inhaltlich erforderlichenfalls auch kundig machen. Ausformulierungen und Entscheidungen z.B. von bzw. über Gesetzestexte/n und Verordnungen hat in jedem Falle ausschließlich und immer von seiten der dafür politisch als auch demokratisch legitimierten Legislative und der Exekutive zu erfolgen. Die Schnittstellen zwischen Parlament (z.B. dem Bundestag und deren Abgeordnete) und der Exekutive (z.B. den zuständigen Ministerien und der dazugehörigen Ministerialbürokratie) und den Lobbygruppen (z.B. den Verbänden des Versicherungs- und Elektrogewerbes) müssen klar erkennbar sein. Dazu gehört, dass eine Art 'Bannmeile' auch um die entsprechenden Parlamente zu ziehen sind. Verbände und Einzelpersonen haben in den Räumlichkeiten der demokratischen Legislative und der Exekutive m.e. z.B. gar nichts zu suchen bzw. dort keine Räumlichkeiten zu unterhalten.

Wenn es darum geht, Fachentscheidungen zu beurteilen und zu fällen, kann man Fachvertreter von "außen" auch im ansonsten üblichen geordneten Verfahren durch die "Anhörung der dafür bestimmten Fachvertreter" wie es auch im sonstigen öffentlichen Bereich als "Anhörung der Träger öffentlicher Belange" bekannt ist, anhören. Sowa darf und muss also nicht über - defacto - direkte Beteiligungen dieser Lobbyisten z.B. am Gesetzgebungsverfahren geschehen:

Keine Änderung der Einspeisevergütung für Solarstrom

Antrag an die Kreismitgliederversammlung am 11.02.2010

Antragsteller: SPD-Stadtratsfraktion

Die SPD Erlangen protestiert gegen die von der Bundesregierung schon für den 1. April geplante Absenkung der Einspeisevergütung für Solarstrom von derzeit 39,14 ct je kWh.

Solarstromanlagen könnten bei Fortsetzung des bisherigen Ausbautempos bereits in 10 Jahren die Hälfte des jetzigen Strombedarfs decken. Der Neubau von Kohlekraftwerken und der Weiterbetrieb von Atomkraftwerken können unterbleiben.

Eine Reduzierung der Vergütungen wird dazu führen, dass Investitionen in Solartechnik unterbleiben. Auch den klein- und mittelständigen Solarinstalla-

tions-Betrieben wird ein erheblicher Schaden zugefügt.

Gute Arbeit muss angemessen bezahlt werden. Solarstromanlagen müssen sich finanziell lohnen.

Von der Kürzung wären in besonderem Maße auch die Erlanger Stadtwerke betroffen, die in den letzten Jahren vermehrt in die solare Stromerzeugung investiert haben. Aktuell stünden die Kalkulationen für das neue Wohngebiet an der Neumühle auf der Kippe, wo mit Mindereinnahmen zu rechnen wäre.

Die SPD Erlangen fordert daher die Bundesregierung auf, die Einspeisevergütung in der bisherigen Höhe beizubehalten.

Michael-Poeschke-Gesellschaft besuchte das ehemalige Konzentrationslager Dachau



Auf Einladung der Michael-Poeschke-Gesellschaft besuchten 50 Erlangerinnen und Erlanger das ehemalige Konzentrationslager in Dachau. Anlass dafür war der 50. Todestag des 1959 verstorbenen SPD-Oberbürgermeisters Michael Poeschke. Vor 1933 war Michael Poeschke Redakteur des „Erlanger Volksblattes“. In den Redaktionsräumen wurden er und

der frühere Landtagsabgeordnete Peter Zink von den Nazis zusammengeschlagen und ins erste deutsche Konzentrationslager in Dachau gebracht.

Die Führung durch das erst in diesem Jahr neu gestaltete Informationszentrum machte den Besuchern aus Erlangen wieder einmal deutlich, wie wichtig es ist, nicht weg, sondern hinzuschauen und den Anfängen zu wehren.

Wir trauern um Hans Wachter

Der SPD-Kreisverband und der Distrikt Ost trauern um Hans Wachter. Auch wenn Hans in den letzten Jahren durch Krankheiten eingeschränkt war, so kam sein plötzlicher Tod während eines Kuraufenthaltes für uns alle unerwartet.

Wir verlieren mit Hans ein seit 45 Jahren überaus engagiertes Mitglied in der SPD, das leidenschaftlich für seine Überzeugungen eintrat. Gemeinsam mit seiner Frau Karin brachte er sich vielfältig in die SPD ein: Bei Infoständen, im Kreisverband, im Distrikt oder auch im AK Gesundheit. Unvergessen bleiben sein organisatorischer Einsatz, etwa beim SPD-Bergfest. Hans trug trotz seiner gesundheitlichen Einschränkungen wesentlich die Durchführung des SPD-Sommerfests im Röthelheimpark.

Hans Engagement reichte weit über die SPD hinaus. Für die Senioren der Eisenbahner-Gewerkschaft Transnet organisierte er als Vorsitzender bis zuletzt monatlich ein anspruchsvolles Programm. Hans war im Bürgerverein Sieglitzhof, im Türkisch-Deutschen-Solidaritätsverein und für die Erlanger Städtepartnerschaft mit Wladimir engagiert. Wir werden Hans als Menschen vermissen, der trotz seines bedeutenden Engagements in liebenswerter Selbstironie bescheiden blieb. Mit seiner humorvollen Art fiel es ihm leicht, das Eis zu anderen Menschen zu brechen. Unsere Gedanken sind in diesen schweren Momenten bei Hans' Familie, insbesondere bei seiner Frau, unserer lieben Genossin Karin. Wir werden Hans ein ehrendes Andenken bewahren.

Dieter Rosner Christofer Zwanzig

Redaktionsschluss

für den nächsten Monatsspiegel

März 2010

25.02.2010

Entwicklung des Gewerbegebiets G6 in Tennenlohe

Beschluss der Kreismitgliederversammlung der Erlanger SPD am 21. Januar 2010

Die SPD Erlangen setzt sich für eine zügige Realisierung des Gewerbegebiets G6 in Tennenlohe ein. Die SPD begrüßt, dass dabei eine Entwicklungsmaßnahme durchgeführt wird, bei der die Grundstückseigentümer zum Verkauf Ihrer Grundstücke verpflichtet werden, um Fehlentwicklungen und Baulücken wie in der Vergangenheit zu verhindern. Die SPD-Stadtratsfraktion wird beauftragt, im Zuge der Entwicklung des Gewerbegebiets folgende Punkte umzusetzen. Sollte diesen Punkten nicht entsprochen werden, wird die SPD-Fraktion aufgefordert, gegen das Gewerbegebiet G6 zu stimmen.

1. Um die Verkehrserschließung des Gewerbegebiets zu gewährleisten, soll eine weitere Auffahrt auf die B4 vom Gewerbegebiet gebaut werden.
2. Im Zuge der Entwicklung des Gewerbegebiets muss die Chance genutzt

werden, in Tennenlohe eine notwendige soziale Infrastruktur (Vereinshaus, etc.) zu schaffen. Gemeinsam mit den Tennenloher Bürgerinnen und Bürgern und dem Ortsbeirat ist festzulegen, welche Einrichtungen benötigt und auch realisiert werden können.

3. Um den Eltersdorfer Ortskern nicht durch Schleichverkehr von der A73 zu belasten, soll im Zuge des Ausbaus des Gewerbegebiets die Realisierung der Ortsumfahrung Eltersdorf erfolgen.
4. Der Grünstreifen zwischen dem Gewerbegebiet und dem bisherigen bebauten Gebiet soll bereits zu Beginn der Erschließung des Gewerbegebiets angelegt werden.
5. Die Bewertung der durch das Gewerbegebiet entstehenden Umweltbelastungen (z. B. Lärm und Luftverschmutzung) soll aktualisiert werden.

Dabei sind insbesondere auch die Auswirkungen auf das Mikroklima darzustellen.

6. Die Eignungsuntersuchung aus dem Jahr 1989 stuft die Fläche des G6 als ungeeignet ein (vgl. Gewerbeflächenpotential in Erlangen 1989-2000, Seite 4, Referat für Stadtplanung und Bauwesen). Es soll aufgezeigt werden, aus welchem Grund diese Einschätzung nicht mehr gültig ist.
7. Vor einer endgültigen Entscheidung soll das Gewerbeflächenpotential in Erlangen aufgezeigt werden. Es sollen Möglichkeiten für Neuansiedlungen, Nutzung von Leerständen im bestehenden Tennenloher Gewerbegebiet untersucht werden.
8. Insbesondere ist das Gewerbegebiet G1 (südlich der A3) als Alternative erneut zu bewerten.



Sparkassen-Finanzgruppe

Wie viel Sparpotenzial steckt in Ihrem Eigenheim?

Jetzt modernisieren. Mit der Sparkassen-Baufinanzierung.

Sicher. Stabil. Verlässlich.


Sparkasse Erlangen

Senken Sie Ihre Energiekosten – zum Beispiel mit einer günstig finanzierten Modernisierung. Zusammen mit unserem Partner LBS beraten wir Sie gern und stehen Ihnen auch bei allen anderen Fragen rund um riestergefördertes Wohneigentum und Bausparen kompetent zur Seite. Mehr Infos in Ihrer Geschäftsstelle oder unter www.sparkasse-erlangen.de. **Wenn's um Geld geht Sparkasse.**

Ein konsequenter Botschafter für Frieden und Völkerverständigung

Manfred Kirscher zum 70. Geburtstag

Im Namen des SPD-Kreisverbandes Erlangen gratuliere ich unserem Genossen Manfred Kirscher sehr herzlich zu seinem 70. Geburtstag und wünsche ihm für die Zukunft alles Gute, weiterhin viel Energie, Schaffenskraft und Neugier für ein noch langes gemeinsames Wirken.

Mit Manfred haben wir einen aufrechten und engagierten Genossen in unseren Reihen, der in den letzten Jahren mit bewundernswerter Hartnäckigkeit die Friedensarbeit in und für unsere Partei maßgeblich mitgestaltet. Er ist immer dann beteiligt, wenn es im Bündnis für den Frieden, beim Ostermarsch oder bei Aktionen gegen Kriegseinsätze darum geht die Erlanger Bevölkerung für den Verzicht auf Gewalt und für den Frieden zu mobilisieren und für die SPD Flagge zu zeigen

„Friede ist nicht Abwesenheit vom Krieg; Friede ist eine Tugend, eine Geisteshaltung, eine Neigung zu Güte, Vertrauen, Gerechtigkeit.“ Dieses Zitat (von Spinoza) passt meines Erachtens sehr gut für die von Manfred geleistete Arbeit, denn er hat sein unermüdliches ehrenamtliches Engagement für Frieden und Völkerverständigung zu einer Tugend entwickelt.

Man könnte ihn auch als Botschafter ehrenhalber bezeichnen, weil er sich nicht nur in der Städtepartnerschaft mit Cumiana engagiert und dies zu seinem genuinen Anliegen gemacht hat, sondern auch weil er eine Botschaft zu verkünden hat, die Verständigungsprozesse in Gang setzt: Eine gerechte Welt des toleranten, friedlichen Umgangs miteinander.

Wer schon einmal die Gelegenheit hatte im Rahmen der Partnerschaftsbeziehungen nach Cumiana in Norditalien zu reisen, wird mir zustimmen, dass Manfred mit einer Mischung aus liebevoller Hochachtung und Bewunderung wie ein Ehrenbürger behandelt wird.

Die Erinnerung an die Verbrechen, die in Cumiana von der Wehrmacht begangen wurden, aber auch die Freundschaft zwischen den Städten, die in den letzten Jahren gewachsen ist, sind auch deshalb in Erlangen im Bewusstsein der Menschen präsent, weil Manfred von

Anfang an dies mit vorangetrieben hat. Er setzt sich nachhaltig dafür ein, dass das Gedenken an das Massaker von Cumiana ein Auftrag an uns Alle bleibt, aus der freundschaftlichen und offenen Begegnung miteinander die Kraft zu schöpfen, um uns in unserer heutigen Welt gegen Krieg und Unmenschlichkeit einzusetzen. Das dies gelingt, davon zeugen die Gedenktafel für die Opfer des Massakers in unserem Rathaus, die Cumiana-Straße, vor Allem aber die gegenseitigen Besuche von Gruppen aus den Bereichen des Sports, der Jugend und der Kultur die von Manfred Jahr für Jahr begleitet werden.

Seine politische Heimat, die SPD, vor allem in Regierungsverantwortung, hat es ihm in den letzten Jahren sicher nicht immer einfach gemacht, angesichts einer Beteiligung am völkerrechtswidrigen Krieg im Kosovo, deutschen Kriegsschiffen im Libanon-Krieg oder dem Einsatz von Soldaten im Afghanistan-Krieg.

Gerade weil uns im Kreisverband Erlangen das Friedensthema am Herzen liegt, sind wir dankbar und stolz, dich als einen

■ **Von Dieter Rosner**
Kreisvorsitzender



Mahner und engagierten Aktivisten in unseren Reihen zu haben. Denn eines steht fest: Alle aktuellen Konfliktherde und regionalen Kriege zeigen, dass militärische Gewalt und Terror keine Sicherheit und keinen Frieden auf Dauer bringen.

Krieg ist kein Naturereignis, sondern wird von Menschen geplant und gemacht. Also kann und muss er auch von Menschen verhindert werden. „Frieden ist nicht alles, aber alles ist nichts ohne Frieden.“ (Willy Brandt)

Lieber Manfred, vielen Dank für Dein tatkräftiges Wirken für den Frieden und die Völkerverständigung. Herzlichen Glückwunsch zum Geburtstag

Dieter Rosner
Kreisvorsitzender

Wir gratulieren zum Geburtstag

Wir gratulieren allen Genossinnen und Genossen, die im Februar Geburtstag feiern. Wir wünschen euch für euer nächstes Lebensjahr alles Gute

- 04.02. Andrew Cross
50 Jahre
- 13.02. Manfred Kirscher
70 Jahre
- 15.02. Ingeborg Körner
81 Jahre
- 15.02. Frank-Lothar Krawolitzki
77 Jahre
- 19.02. Martha Hartner
85 Jahre
- 24.02. Elfriede Krauß
79 Jahre
- 24.02. Ursula Rechtenbacher
76 Jahre



- 24.02. Inge Aichele
71 Jahre
- 26.02. Stefan Barth
73 Jahre
- 28.02. Adolf Most
84 Jahre

Verleihung des Peter-Zink-Preises

Gemeinsam mit der Familie Zink haben die SPD und der DGB Erlangen den Peter-Zink-Preis 2010 verliehen. Er ging in diesem Jahr an die Jugend- und Auszubildendenvertretung von Schaeffler und an Jörg Sussmann, ehemaliger Vorsitzender der Jugend- und Auszubildendenvertretung bei Siemens Healthcare. Musikalisch umrahmt wurde die Veranstaltung von Isolde Reiss.

Die JAV bei Schaeffler erhielt die Auszeichnung für ihre Arbeit zugunsten der Auszubildenden während der Krise von Schaeffler im Zuge der Übernahme von Continental. So gelang es der JAV durch vielfältige, kreative Aktionen, eine Übernahme aller Auszubildenden zu erreichen.

Jörg Sussmann wurde einerseits für sein Engagement als Jugend- und Auszubildendenvertreter geehrt, daneben aber auch für seine vielfältige Arbeit in Verbänden und Vereinen. So betätigt er sich unter anderem in der Jugendarbeit verschiedener Sportvereine.

Der Peter-Zink-Preis wird alle zwei Jahre im Gedenken an Peter Zink verliehen. Peter Zink engagierte sich bereits als Ju-

gendlicher in der Arbeiterbewegung. In der SPD war unter anderem Vorsitzender des Erlanger Kreisverbands (1954-1969) und Landtagsabgeordneter (1954 bis 1974). Er wirkte nach dem zweiten Weltkrieg am Wiederaufbau der Gewerkschaften in Erlangen und in Bayern mit und war Mitglied des Betriebsrates der Siemens-Reiniger-Werke (1946 bis 1971), die heute nach diversen Umstrukturierungen in Siemens Healthcare aufgegangen sind.

■ **Von Philipp Dees**
Mitglied im geschäftsführenden Kreisvorstand



Treffen mit dem Arbeitskreis Knoblauchsland

Vertreter der Erlanger Süddistrikte und des Kreisverbandes sind am 19.01. der Einladung des AK Knoblauchsland, in dem sich die nördlichen Ortsvereine Nürnbergs zusammengeschlossen haben, gefolgt und haben sich zu einer gemeinsamen Sitzung in Buch getroffen.

Neben dem gegenseitigen Kennenlernen standen vor allem Sachthemen im Raum. So nahmen die Nürnberger Genossen mit großem Interesse unseren Bericht von der Auseinandersetzung um das G6 (geplantes Gewerbegebiet in Tenenlohe) zur Kenntnis, da dieses Thema die angrenzenden Gemeinden auf Nürnberger Gebiet ebenfalls berührt. Weiter

re Themen waren insbesondere die gemeinsamen Verkehrsfragen (S-Bahn-Ausbau nach Erlangen, Durchbau der U-Bahn / Straßenbahn nach Erlangen, Nordanbindung Flughafen, Stadt-Umland-Bahn). Auch über die unterschiedlichen Situationen der Partei in Erlangen und Nürnberg und die Situation der kleinen OV / Distrikte in der Partei wurde ausgiebig gesprochen.

Es wurde angedacht, die Treffen zukünftig jedes Jahr einmal stattfinden zu lassen und zwischen Erlangen und Nürnberg zu wechseln. Zudem soll der Informationsaustausch verbessert und die Termine interessanter Parteiveranstal-

■ **Von Dirk Goldenstein**
stellvertretender Kreisvorsitzender



tungen (am 01.02. um 18.00 Uhr gibt es im Karl-Bröger-Zentrum eine Veranstaltung des Nürnberger Parteirates zur Flughafennordanbindung) sollen ausgetauscht werden. Alle Anwesenden begrüßten diese interkommunale Zusammenarbeit in der SPD. Insgesamt ein sehr angenehmer und gelungener Abend. Herzlichen Dank an unsere Gastgeber vom AK Knoblauchsland!

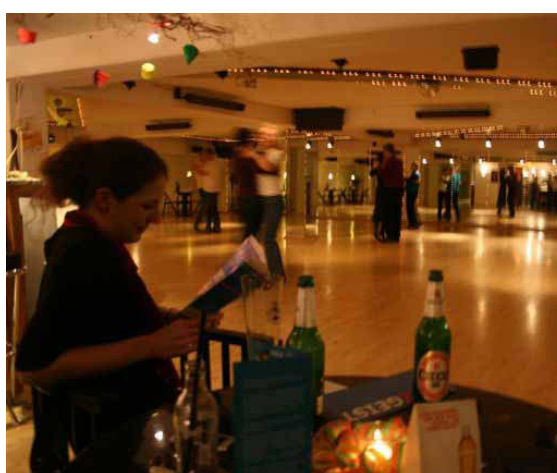
Bericht vom Jahresauftaktfest der SPD

Am 08.01. hatte der SPD-Kreisverband zum Jahresauftaktfest in das Tanzstudio Geist eingeladen. An dem lockeren Tanz-, Trink- und Redeabend nahmen gut dreißig Gäste – davon auch erfreulich viele (Noch-)NichtgenossInnen - teil.

Zwischen vielen Gelegenheiten zum lockeren Paartanz auf der großen Tanzfläche gab es auch zwei Gruppentänze zum Mitmachen für alle, ob nun erfahrener „Profi“ oder erstmaliger Tänzer. Einige Genossinnen und Genossen haben uns mit ihrer Tanzfertigkeit schwer beeindruckt. Neben der sportlichen Betätigung kamen auch das gesellige Beisammensein und die politische Diskussion nicht zu kurz.

Insgesamt ein sehr gelungener Abend, der aus Sicht aller Teilnehmer nach einer Wiederholung schreit. An dieser Stelle sei unseren Gastgebern, Mathias und Sascha, herzlich gedankt!

■ **Von Dirk Goldenstein**
stellvertretender Kreisvorsitzender



Vortrag von Andreas Richter, Sprecher Erlanger Sozialforum, zur „Sozialen Situation in Erlangen“

Zunächst wurde die bundesweite soziale Situation erläutert, bei der eine immer weiter auseinander klaffende Schere zwischen Arm und Reich zu verzeichnen ist. So besitzen die reichsten 10 % der Haushalte 60 % des Gesamtvermögens, während die ärmeren 50 % nur 2 % haben. Das sog. „Armutrisiko“ stieg von 12,1 % im Jahr 1998 auf 18 % im Jahr 2005 (Zahlen: SOEP, Armuts- u. Reichtumsbericht).

Die im Rahmen der Agenda 2010 und Hartz erfolgten Maßnahmen zur Deregulierung, Druckerhöhung und Subventionierung von Niedriglöhnen bewirkten eine erhebliche Ausweitung des Niedriglohnsektors. Eine Senkung des durchschnittlichen Haushaltseinkommens sowie eine starke Zunahme der Einkommensspreizung. Besonders betroffen von Niedriglöhnen sind Frauen. Erschreckend ist ebenfalls die erhebliche Zunahme der Kinderarmut von 15 % 2003 auf 26 % (!) 2005 (SOEP).

Insbesondere Hartz IV wirkte armutssteigernd. Die große Mehrheit der Betroffenen bekommt weniger Leistungen als zuvor, ehemalige SozialhilfeempfängerInnen erhalten ungefähr das Gleiche wie vorher.

Die Regelsätze des SGB II (Hartz IV) und des SGB XII sind viel zu niedrig. Eine Erhöhung gemäß den Forderungen von Gewerkschaften und Sozialverbänden auf 440 • ist dringend erforderlich.

Zur Situation in Erlangen lässt sich festhalten, dass die aufgrund strukturell günstiger Rahmenbedingungen vergleichsweise niedrige Arbeitslosigkeit einen entsprechend niedrigeren Anteil an von Armut Betroffenen mit sich bringt.

Trotzdem ist auch hier eine Zunahme der Armut zu verzeichnen, die auch in der Stadt sichtbar ist. Das hohe Preis- und Mietniveau in Erlangen bringt auch besondere Probleme für ärmere Menschen mit sich.

Daher muss die Stadt hier gegensteuern. Nach dem Vorbild der Stadt München beantragten SPD, GL und Erl. Linke die Anhebung der SGB-XII-Sätze (Sozialhilfe) von (damals) 351 auf 376 • und zudem die Einführung eines ausreichenden kommunalen Budgets für Sonderleistungen (z.B. bei kaputter Waschmaschine etc.). Diese Anträge wurden jedoch von der CSU-FDP-FWG-Mehrheit abgelehnt.

Da Erlangen Optionskommune ist, bieten sich bei der Umsetzung von Hartz IV durch die GGFA größere Handlungsmöglichkeiten. Entsprechend müssen z.B. Sanktionen so weit gesetzlich möglich vermieden werden und der Auszug von unter 25-Jährigen immer genehmigt werden.

Vermittlung durch die GGFA darf nur noch bei Bezahlung eines Mindestlohnes erfolgen. Bislang wird häufig der Dumpinglohn tarif der Scheingewerkschaft CGB („Christlicher Gewerkschaftsbund“) gezahlt.

Als Optionskommune muss Erlangen auch die Möglichkeit ergreifen, 1-•-Jobs abzuschaffen, die sich bundesweit als negativ erwiesen haben (z.T. keine Qualifizierung, Verdrängungseffekte, kaum Übergang in regulären Arbeitsmarkt) und deren Abschaffung entsprechend vom DGB-Bundesverband gefordert wird. Stattdessen sind reguläre öffentliche Beschäftigungsverhältnisse zu schaffen wie es die SPD-Regierung in Berlin getan hat und wie es für eine SPD-Regierung in Hessen geplant war.

Zudem müssen Kontrollen der GGFA durch die Politik verstärkt bzw. eingeführt werden. Es liegen zahlreiche Fälle von Rechtsverstößen zu Lasten der Betroffenen seitens der GGFA vor, die verhindert werden müssen (Beispiele: ständige Abrufbereitschaft für Arbeitseinsatz, nur 10 Ct/km als Werbungskosten für Aufstocker/-in etc.).

Weitere Forderungen des Sozialforums zur Verbesserung der soziale Situa-

■ **Von Andreas Richter**
Sprecher des Erlanger Sozialforums



tion in Erlangen sind u.a. die Einführung einer Ombudsstelle für die Klärung von Beschwerden der Sozialamtskunden, die Einführung des ErlangenPasses mit Vergünstigungen sowie eines Sozialtickets im VGN, ein kostenloses Mittagessen für bedürftige Kinder in allen Einrichtungen und nicht zuletzt spezielle Bildungs- und Ausbildungsangebote für MigrantInnen.

Die anwesenden Mitglieder des Distrikts Süd teilten einmütig die Forderungen des Sozialforums. Dankenswerterweise war unsere Fraktion in diesem Themenbereich schon bisher sehr aktiv. Um hier mehr zu erreichen, sollen nach Ansicht der Distriktsmitglieder die Vorschläge noch stärker in den Stadtrat und die Öffentlichkeit gebracht werden. Daher soll zu einer der nächsten Sitzungen zu dieser Sache jemand von der Fraktion eingeladen werden (z.B. der Vorsitzende).

Das Angebot, zur „Sozialen Situation in Erlangen“ zu referieren, gilt auch für alle anderen interessierten Distrikte und AGs.

In diesem Zusammenhang soll auch noch einmal auf das bestehende Beratungsangebot für Arbeitslose von Sozialforum und GEW hingewiesen werden:

Jeden 1. und 3. Mittwoch im Monat von 17-19 h im GEW-Büro, 1. Stock DGB-Haus, Friedrichstr. 7, Erlangen

Das Plenum des Sozialforums findet in der Regel jeden 3. Mittwoch im Monat im DGB-Haus, Friedrichstr. 7, Erlangen, statt. Aktuelles Schwerpunktthema ist die Einführung eines Sozialtickets im VGN. Weitere Informationen und die aktuellen Terminhinweise unter: <http://www.erlanger-sozialforum.de>.

Parolen allein führen nicht weiter

Beitrag zur Debatte „Wie weiter, SPD?“

Die Krise der SPD ist eine Vertrauenskrise. Wir haben die letzte Bundestagswahl nach meiner Auffassung nicht vor allem deshalb verloren, weil die Menschen uns nicht verstanden haben, sondern weil sie uns nicht geglaubt haben. Oder sie haben gewusst, dass wir die proklamierten Ideen niemals umsetzen werden, schon gar nicht in einer Koalition mit der FDP. Um bei Wahlen wieder erfolgreich zu sein, wird es nicht genügen an ein paar Stellen die Botschaften zu ändern und auf die schwarz-gelbe Regierung zu schimpfen. Vertrauen gewinnt man nur zurück, wenn die Menschen, die einem vertrauen sollen Grund zu der Annahme haben, dass sie wieder auf uns setzen können. Dies wird denke ich aber nur gelingen, wenn die SPD dazu steht, dass sie in der Regierungszeit Fehler gemacht hat, dass sie diese verstanden und aus ihnen gelernt hat.

Um es beispielhaft konkret zu machen: Die Mehrheit der Menschen in Deutschland ist für einen gesetzlichen Mindestlohn. Die Menschen werden der SPD aber nicht wählen, wenn die SPD dies nur lautstark fordert. Das hat nicht zuletzt die Bundestagswahl eindrucksvoll bewiesen. Dies ist auch nicht verwunderlich. Den Menschen ist bewusst, dass die Ausweitung des Niedriglohnsektors und prekärer Beschäftigungsverhältnisse ein Projekt der SPD gewesen ist. Beides war keine unangenehme Nebenwirkung der Arbeitsmarktreformen im Rahmen der Agenda 2010, sondern eine direkte und absehbare Folge der massiven Verschärfung der Zumutbarkeitsregelungen und der Absenkung der Transferleistungen für viele ArbeitslosenhilfempfängerInnen sowie der Lockerung diverser gesetzlicher Bestimmungen (Leiharbeit, Befristungen, etc.). Vertrauen wird die SPD nur zurückgewinnen, wenn sie nach außen deutlich macht, dass genau dies ein Fehler ihrer eigenen Politik gewesen ist, den man nun korrigieren möchte.

Die Aufgabe der SPD muss es meiner Meinung nach sein, die Bereiche unsere Politik zu identifizieren, die falsch gewesen sind und die dazu geführt haben, dass die Menschen uns nicht mehr glauben konnten. Wir müssen gemeinsam Antworten darauf entwickeln, was wir anders machen möchten. Und wir müs-

sen beides auch offensiv vertreten. Also sowohl das Eingeständnis unserer Fehler als auch unsere Antworten. Ansatzpunkt dafür können und sollten die jetzt schon absehbaren Fehler und Grausamkeiten der schwarz-gelben Regierung sein.

Diese Strategie muss durch das Handeln von Personen, die die SPD repräsentieren, deutlich werden. Im Klartext: Wenn die ArchitektInnen der SPD-Regierungspolitik nicht bereit sind, diesen Prozess mitzutragen und selbst Fehler einzugestehen, haben sie in Spitzenpositio-

■ **Von Florian Janik**
Fraktionsvorsitzender



nen in Partei und Fraktion nichts verlieren. Die neue Parteispitze ist aus meiner Sicht auf dem richtigen Weg und die Diskussion auf dem Parteitag war ein guter Anfang. Jetzt muss es darum gehen diese Debatte auf allen Ebenen der Partei zu führen und vor allem schnell zu Ergebnissen zu kommen.



Erlanger Mieterinnen- und Mieterverein

Mörendorfer Str.1c · 91056 Erlangen
Tel. 09131/4 32 26

Beitragsätze

Der ermäßigte Mitgliedsbeitrag in Höhe von 24,- Euro pro Jahr gilt für alle:

- Schüler/-innen
- Studenten/-innen
- Lehrlinge
- Rentner/-innen
- Arbeitslose
- Sozialhilfeempfänger/-innen
- Wehr- und
- Zivildienstleistende

Alle anderen zahlen 30,- Euro jährlich. Hinzu kommt eine einmalige Aufnahmegebühr von 2,50 Euro.

Beratungstermine

.....

Jeden Dienstag von 18.00 - 20.00 Uhr im E-Werk an der Fuchsenwiese, Gruppenraum 2 (3. Stock)

.....

Jeden ersten Montag im Monat von 17.30 - 19.00 Uhr in der Scheune, Odenwaldallee 2

.....

Jeden ersten Donnerstag im Monat von 17.00 - 19.00 Uhr im Begegnungszentrum Fröbelstr. 6, Stadtteil Bruck

.....

Während des Semesters jeden Donnerstag von 18.00 - 19.00 Uhr im Sprecherrat, Turnstraße 7

.....

Ansonsten nach telefonischer Vereinbarung, Tel.: 43226 (Montag bis Freitag von 9.00 - 12.00 Uhr)

.....

Wir bieten

- Beratung unserer Mitglieder in allen Fragen des Mietrechts. (siehe Beratungstermine)
- Informations- und Erfahrungsaustausch durch unsere Rundbriefe.
- Möglichkeit zur aktiven Mitgestaltung der Vereinsarbeit.
- Offenheit für alle Beiträge im konkreten und politischen Handeln.

Leserbrief zum Leitartikel „Mehr Sozialdemokratie wagen?“ im Monatsspiegel Dezember 2009/Januar 2010

Mehr Sozialdemokratie wagen? Ja, warum nicht – aber heißt das einfach nur mehr Sozialleistungen? Zumindest müsste man sich auch fragen, wer diese aufbringt. Letztlich sind das doch überwiegend die arbeitenden Menschen, die unseren Sozialstaat durch ihre Steuern und Abgaben ermöglichen. Ob letztere sich durch die SPD gut vertreten fühlen wage ich zu bezweifeln.

Wenn es heißt „Mehr Sozialdemokratie wagen“ dann ist damit sicherlich auch gemeint, dass wir uns alle mehr und gründlicher mit den Veränderungen in der Entwicklung des Landes und aller seiner Menschen auseinandersetzen, wie man es von einer Volkspartei erwarten kann.

Eine dieser größeren Veränderungen ist sicherlich unsere rasant gestiegene Lebenserwartung. Damit stellt sich die Frage nach einem vernünftigen Übergang vom Arbeitsleben in den Ruhestand neu, Stichwort „Rente mit 67“.

Unsere Lebenserwartung hat sich in den letzten Jahren beträchtlich erhöht und es noch kein Ende dieser Entwicklung abzusehen. Darüber können wir uns eigentlich doch nur freuen zumal aufgrund des medizinischen Fortschritts und bei geeigneter Lebensweise (Ernährung, körperliche und geistige Aktivität) Gesundheit bis ins hohe Alter möglich ist. Dies hat nun zur Folge dass die Rentenbezugsdauer im Mittel beträchtlich angestiegen ist. Der/die einzelne muss daher also im Laufe seines Arbeitslebens mehr für seine Altersrente zurücklegen, Geld das sie/er aktuell nicht verbrauchen kann.

Man muss aber auch die Frage nach der Bezugsdauer von Altersrente und damit die Frage nach der Länge des Arbeitslebens neu stellen, auch um die Finanzen im Griff zu behalten. Die bisherige Antwort der SPD unter Müntefering war die „Rente mit 67“ für alle, die jetzt stufenweise eingeführt wird. Diese Antwort erscheint mir viel zu einfach und zu kurz gegriffen. Ich habe Verständnis dafür, wenn viele das nur als verkappt Renten kürzung empfinden. Allerdings ist es sicherlich auch keine Lösung, diese Regelung einfach wieder abzuschaffen und alles so zu lassen wie es schon immer war. Denn für die Gesundheit des Menschen ist von außerordentlicher Bedeutung, dass er sich körperlich und geistig ausreichend betätigen kann und dass er sich nicht überflüssig fühlen

muss. Dieses kann für die meisten am ehesten durch Beteiligung am Arbeitsleben erreicht werden. Also spricht einiges dafür, solange wie nur irgend möglich - rechten Maß- zu arbeiten, solange es eben dem Einzelnen gut tut. Letzteres sollte Vorrang vor dem Wunsch nach Entlastung der Rentenkassen haben, was natürlich auch ein erstrebenswerter Effekt ist. Unser öffentlicher Schuldenberg ist ja nun wirklich hoch genug.

Also wie lange und wie viel soll oder will der Mensch arbeiten? Darauf gibt es keine eindeutige Antwort. Es wird von Bürgermeisterin berichtet, die mit 66 noch gerne eine weitere Amtszeit durchstehen möchten. Warum nicht, wenn die betreffenden sich fit fühlen, es gerne machen und die Bürger einverstanden sind. Die jeweiligen Altersgrenzen kann man ruhig nach oben verschieben. Die Erfahrung der Alten sollte man nicht unterschätzen. Sicherlich gibt es noch viele andere Arbeitsbereiche (Lehre, Wissenschaft, Forschung) in denen durch starre Altersregelungen Menschen unsinnigerweise und gegen ihren Willen aus dem aktiven Arbeitsleben gedrängt werden.

Auf der anderen Seite fühlen sich viele durch die „Rente mit 67“ benachteiligt, die in körperlich anstrengenden Berufen arbeiten, die die Knochenarbeit leisten. Viele körperlich anstrengende Berufe kann man einfach nicht bis in die 60-iger Lebensjahre hinein ausüben. Für diese Menschen sind selbstverständlich andere Regelungen für den Übergang in den Ruhestand erforderlich, als für den Bürgermeister oder den Universitätsprofessor, der seinen Beruf außerordentlich liebt. Man muss sich also bezüglich des Eintritts in den Ruhestand von einer Einheitsregelung für Alle von vornherein verabschieden. Die Entscheidung über die Länge des Arbeitslebens sollte soweit wie möglich jeder selbst treffen können.

Bloß was macht man, wenn man aufgrund der körperlichen Anforderungen seinen erlernten Beruf nicht mehr ausüben kann, obwohl man erst Ende vierzig oder Anfang fünfzig ist? In diesem Alter bedeutete ein direkter Übergang in den Ruhestand bis ans Ende des Lebens meiner Meinung nach nichts anderes als ein Abschieben, abgesehen von den finanziellen Belastungen für das Rentensystem. Hier sind Unterstützungen und rechtzei-

■ Von Lüer Rietzsch

tige Förderungen zum Wechsel des Berufes erforderlich, wie im Einzelnen das auch immer auszugestalten ist. Ein großes Problem wird gewiss sein, genug Betätigungsfelder zu finden, in denen sich auch ältere Menschen nach einem Berufswechsel auskömmlich betätigen können. Damit deutet sich aber auch bereits die Frage an, in wie weit es heute und zukünftig möglich sein wird, das gesamte Berufsleben in einem einzigen Berufszweig zu verbringen. Wollen letzteres überhaupt alle Menschen oder ist es nicht für viele interessanter hin und wieder das Betätigungsfeld zu wechseln? Oder wer möchte von 27 bis 67 immer das Gleiche machen müssen? Inwieweit kommen die derzeitigen administrativen und rechtlichen Gegebenheiten etwaigen Wünschen nach beruflicher Flexibilität entgegen?

Nun ja, man könnte noch viele Fragen stellen. Die Suche nach entsprechenden Antworten kann sich noch als mühselig genug herausstellen. Dieser Beitrag ist nur ein kleiner Versuch. Und ob die gefundenen Antworten sich letztlich als sinnvoll erweisen werden, kann eh vorher nicht wirklich gewusst werden. Damit muss man aber leben.

Linkes Forum in der SPD Erlangen

Wir laden alle interessierten Genossinnen und Genossen ein zum Diskussionsabend am

**Freitag, dem 26. Februar,
20 Uhr im Nebenzimmer
der Gaststätte „Orpheus“, Luitpoldstr. 25**

Themen u.a.: Aktuelles, Afghanistan, Thesen des PV

Hildegard Gröger, Helmut Pfister

Leserbrief zum EN-Bericht über den Strafbefehl gegen Fr. Dr. Schiffer vom Institut für Medienverantwortung in Erlangen im Zusammenhang mit ihren Erklärungsüberlegungen der Vorgänge beim Mord an Marwa El-Sherbini

Wie in den Pressemitteilungen des Instituts für Medienverantwortung (zu finden im Internet unter www.medienverantwortung.de) nachzulesen, hatte Frau Schiffer explizit klar gestellt, dass sie dem schießenden Polizisten weder Vorsatz noch Bösartigkeit

vorwirft, sondern lediglich in der in diversen Medien undifferenzierten Darstellung von arabisch-stämmigen Menschen als potenzielle Gewalttäter eine mögliche ? mehr nicht! - Erklärung für die spontane Fehleinschätzung des Polizisten sieht.

Ob man diese Einschätzung für sinnvoll hält oder diese ablehnt, mag jede/-r selbst beurteilen. Eines allerdings ist klar: Sie ist eindeutig durch die freie Meinungsäußerung gedeckt. Daher ist der Strafbefehl über 6000 EUR (!) ein nicht hinzunehmender Angriff auf die Meinungsfreiheit.

Leider ist dies nicht die erste Fehlentscheidung des Amtsgerichts Erlangen in Bezug auf gegen Fremdenfeindlichkeit und Rechtsextremismus engagierte Menschen. Anfang 2008 sprach dieses Gericht einen Demonstranten gegen die NPD, der sich zum Schutz vor Fotoaufnahmen durch

■ **Von Andreas Richter**
Sprecher des Erlanger Sozialforums



die Nazis verummmt hatte, deswegen schuldig. Zu Recht hatten die EN dieses Urteil damals deutlich kritisiert.

Mit Sicherheit ist an Gesinnung und Willen, Demokratie und Rechtsstaat zu verteidigen und eben diesem in ihrem Handeln zur Geltung zu verhelfen, am Amtsgericht Erlangen nicht zu zweifeln. Allerdings werden sich die dortigen RichterInnen durchaus die Frage zu stellen haben, was sie mit solchen Fehlentscheidungen anrichten.

Es wird Zeit, dass sich die hierfür Verantwortlichen am Amtsgericht für ihre Fehlentscheidungen entschuldigen und deren Revision angehen.

Marlene Rupprecht wieder Kinderbeauftragte der Bundestagsfraktion

Viele Erfolge von der Besserstellung von Kindern im Gesundheitsbereich über mehr Schutz vor Kindesmissbrauch bis hin zu besserer Betreuung für die Jüngsten konnte Marlene Rupprecht bereits verbuchen. Jetzt wurde die Fürther SPD-Bundestagsabgeordnete einstimmig als Kinderbeauftragte Ihrer Fraktion bestätigt – eine Aufgabe, die sie seit 2002 innehat. Marlene Rupprecht freut sich über die Anerkennung ihrer Arbeit: „Auch in der kommenden Legislaturperiode gilt es, dicke Bretter für die Durchsetzung von Kinderrechten zu bohren.“

Auch in der Kinderkommission des Deutschen Bundestags wird die Kinderbeauftragte vertreten sein: „Dass Kinder keine kleinen Erwachsenen sind, hat sich noch nicht überall herumgesprochen. Erwachsene tun gut daran, einmal die Perspektive zu wechseln: So führen Kinder keine Diskussionen um die Gebühr für Kindergartenplätze. Für sie ist es wichtig, vielfältige Entfaltungsmöglichkeiten zu haben, die den Entdeckerdrang wecken, und ein soziales Umfeld, das stark macht.“

Marlene Rupprecht freut sich auch auf die Arbeit in der Kinderkommission des Bundestags: „Hier ziehen die Kinderbeauftragten aller Fraktionen fraktionsübergreifend an einem Strang. Entscheidungen können nur einstimmig gefällt werden. Es ist gut, dass damit die Kinderpolitik über den Mehrheitsverhältnissen des Deutschen Bundestags steht. Dies gilt es auch für die Durchsetzung der Kinderrechte zu nutzen.“

Keine Zeit für Vertagungen! Schwarz-gelb vergisst das Regieren

Angelika Weikert zur Entwicklung bei den Jobcentern Presseerklärung vom 16.12.2009

In Bundestag und Bundesrat wird noch diese Woche über die längst überfällige rechtliche Absicherung der Jobcenter debattiert. Die Arbeitsmarktsprecherin Weikert fordert CSU und FDP auf, sich endlich zur Zukunft der Jobcenter zu positionieren.

Die Strukturen vor Ort zur Betreuung von Langzeitarbeitslosen sind arbeitsfähig und intakt. Die Hilfe aus einer Hand hat sich bewährt. Was fehlt ist die rechtliche Absicherung dieser Strukturen durch die schwarz-gelbe Bundesregierung. „Die Zeit läuft! Diese Woche können in Bundestag und Bundesrat endlich klare Fakten geschaffen werden durch Zustimmung zu entsprechenden Gesetzesentwürfen der SPD-Bundestagsfraktion

und der Länderregierungen Rheinland-Pfalz, Berlin und Bremen im Bundesrat!“, erklärt die arbeitsmarktpolitische Sprecherin der SPD-Landtagsfraktion, Angelika Weikert.

Die Bayerische Staatsregierung hat im Bundesrat eine gewichtige Stimme, ebenso CSU und FDP im Bundestag. Weikert fordert die Parteien daher auf, sich endlich konstruktiv an der Absicherung der Strukturen vor Ort zu beteiligen. „Die Zerschlagung der Jobcenter kann sich kein verantwortungsbewusster Politiker leisten. Es geht hier um die Absicherung von Menschen, die auf staatliche Grund-sicherung angewiesen sind“, so die SPD-Arbeitsmarktsprecherin.

Liebe Genossinnen und Genossen,
unser nächstes Distriktstreffen ist am

**Dienstag, 16.02. um 20:00
Uhr im Schützenhaus**

Tagesordnung:
wird aktuell beschlossen

Für den Vorstand
Manfred Jelden

■ **Distrikt Eltersdorf**

Vorsitzender:
Manfred Jelden
Telefon: 601333
manfred.jelden@nefkom.net

Liebe Genossinnen und Genossen,
unsere Jahreshauptversammlung findet
statt am

**Dienstag, den 23. März
um 20 Uhr im AWO-Raum**

Die Tagesordnung wird im März-Monats-
spiegel veröffentlicht.

Für den Vorstand
Gabi Dorn-Dohmstreich

■ **Distrikt Frauenaarach**

Vorsitzende:
Gabi Dorn-Dohmstreich
Telefon: 992114
dohmstreich@nefkom.net

Liebe Distriktsmitglieder,
im Februar ist unsere Jahreshauptver-
sammmlung mit Vorstandswahlen. Wir
treffen uns am

**23. 02. um 20 Uhr im Ne-
benraum der „Kulisse“
(Theaterstrasse 8)**

Für den Vorstand
Michael Zimmermann

■ **Distrikt Innenstadt**

Vorsitzender:
Michael Zimmermann
Telefon: 699118
zi-mi@web.de

Liebe Genossinnen und Genossen,
hiermit laden wir Euch herzlich ein zur

**Mitgliederversammlung
am Dienstag, 23. Februar
um 20.00 Uhr in der Be-
gegnungsstätte der AWO-
Ost (Drausnickstraße 82)**

Auf diesem Wege geben wir Euch au-
ßerdem bereits den Termin für unsere
ordentliche Jahreshauptversammlung
bekannt, die am Dienstag, den 16. März
2010, um 20.00 Uhr in der Gaststätte
Waldschänke (Sieglitzhof) stattfinden
wird. Die Tagesordnung erhaltet ihr mit
dem nächsten Monatsspiegel.

Mit solidarischen Grüßen
Christofer Zwanzig Birgit Hartwig

■ **Distrikt Ost**

Vorsitzender:
Christofer Zwanzig
Telefon: 4003764
christofer@zwanzig-online.de

Bitte beachtet den abweichenden Sit-
zungsort! Thema ist die Planung der Ver-
anstaltung „Fraktion vor Ort“.

■ Distrikt Süd

Vorsitzende:

Brigitte Rohr

Telefon: 4000974

Liebe Genossinnen, liebe Genossen,
wir laden Euch herzlich ein zu unserer

Distriktversammlung am Mittwoch, 24.02.2010, 20 Uhr Im Biergarten im Röthelheim

Folgende Tagesordnung ist vorgesehen:

1. Berichte aus Kreisvorstand und Fraktion
2. Aktuelles
3. Jahresplanung
4. Verschiedenes

Wir freuen uns auf Euer Kommen

Für den Vorstand

Brigitte Rohr

■ Distrikt Tennenlohe

Vorsitzender:

Rolf Schowalter

Telefon: 601924

rolfschowalter@t-online.de

Liebe Genossinnen und Genossen,
wir laden Euch herzlich ein zu unserer

Distriktversammlung am Dienstag, 02.02.2010, 20.00Uhr in der Schloss- gaststätte

Haltung der anwesenden Tennenloher wurde durch vielfältige Beiträge und Beifall eindrucksvoll dokumentiert. Einige wenige Befürworter des G6 waren wahrscheinlich anwesend, die sich aber nicht zu Wort meldeten.

Die CSU-Fraktion hat im Anschluss an die Veranstaltung einen Antrag gestellt, die Verkehrserschließung durch das G6 prüfen zu lassen.

In der Januar KMV soll das G6 thematisiert werden. Der vereinbarte Ort für die KMV wurde von Tennenlohe in die Stadt verlegt. Der Distrikt beschließt einstimmig, dass der Ort für die KMV in Januar, auf der das G6 behandelt wird, in Tennenlohe stattfinden muss.

Tagesordnung:

1. Rente für alle, Minirente, Rente ab 65?
Referent: Hermann Gentner
2. Kassenbericht mit Entlastung
3. Berichte
4. Verschiedenes.

2. Ausgleichsflächen der Bundesbahn

Die Bundesbahn besteht auf der Ausweisung von Ausgleichsflächen im Hutgraben. Die Durchführung der Maßnahme muss von der Stadt Erlangen geplant werden. Eine gerichtliche Klage wird von der Stadt als wenig aussichtsreich eingeschätzt und soll deshalb unterbleiben. Die Planungsunterlagen werden im Januar im Planungsamt ausgelegt. Die Stadt bietet betroffenen Personen Beratung an.

Es wird vorgeschlagen, den Bundestagsabgeordneten Burkert als Beauftragten der Bundesbahn zu einer Distriktsitzung einzuladen.

Vorankündigung: 09.03.10. 20.00 Uhr

Schlossgaststätte: JHV mit Neuwahlen!!

Vorläufige Tagesordnung:

1. Aktuelles.
2. Berichte
3. Bericht des Vorstandes 2009/10.
4. Entlastungen.
5. Neuwahlen.
6. Ausblick/Planung 2010.
7. Verschiedenes.

Für den Vorstand

Rolf Schowalter

3. Bebauung des ehemaligen PERIMED-Geländes

Die SPD-Fraktion hat einen Antrag gestellt, bei der Wohnbebauung am PERIMED-Gelände auf eine seniorenrechtliche Bebauung zu achten. Der Bauträger hat in einem Schreiben dieses Ansinnen für dieses Gelände abgelehnt. Der Antrag wurde im letzten Stadtrat nicht

Protokoll der Distriktsversammlung vom 08.12.2009

1. Veranstaltung zum G6

Die Veranstaltung der Stadt zum G6 am 1.12.2009 in der Turnhalle der Grundschule Erlangen war sehr gut besucht. OB. Dr. Balleis erläuterte die Pläne für das neue Gewerbegebiet in groben Zügen und wirbt für Zustimmung. Die Bürgerinitiative übergab weitere Unterschriften gegen das Vorhaben. Die ablehnende

behandelt, da die Stellungnahme des Ortsbeirates noch nicht vorlag.

4. Sonstiges

Der Distrikt gratuliert Hannes Allabauer zum 65. Geburtstag. Robert bedankt sich für das Geschenk zu seinem 65. Geburtstag – eine Einladung zu einer Veranstaltung von Urban Priol.

Das Gansessen am 15.11. war weniger zahlreich besucht als in den letzten Jahren. Der Distrikt beschließt als Alternative am 21. März 2010 ein Frühjahrsessen mit kleiner Wanderung.

Hans Hauer

Protokoll der Distriktsversammlung vom 12.01.2010

1. Jahreshauptversammlung

Die Jahreshauptversammlung des Distrikts Tennenlohe findet am 9. März 2010 im Schössla/Tennenlohe statt. Anträge zur JHV bitte vier Wochen zuvor schriftlich beim Vorsitzenden Rolf Schowalter einreichen.

2. Ortsrundgang

Der Distrikt Tennenlohe lädt am Samstag den 16.1. um 14.00 zu einem

Ortsrundgang ein. Themen die dabei besprochen werden sollen:

- Reiterhof
- Gewerbegebiet G1 und G6
- Ausgleichsflächen der Bundesbahn am Hutgraben

3. Gewerbegebiet G6 als Thema auf der Januar KMV am 21.1. im Turnerbund

Der Distrikt Tennenlohe ist mehrheitlich dagegen, dass das Gewerbegebiet G6 in Tennenlohe realisiert wird. Vor rund 10 Jahren haben der Distrikt und die SPD-Ortsbeiräte das Gewerbegebiet G6 unterstützt, da damit eine autobahnahe Westumgehung und somit eine Entlastung der Verkehrsproblematik am Wetterkreuz in Aussicht gestellt wurde. Ein Neubewertung der aktuellen Situation führte jedoch dazu, dass die Mehrheit der Tennenloher Bürger und auch der Tennenloher SPD die Realisierung des Gewerbegebiets aus verschiedenen Gründen ablehnt. Diese Gründe sollen auf der KMV erläutert und ein Votum der KMV eingeholt werden.

4. Verschiedenes

Dieter Erhard (bekannter Künstler von Tennenlohe und Initiator der Fiesta de Arte) lobt die letzte Ausgabe des Tennenloher Boten.

Hans Hauer

Liebe Genossinnen und Genossen, wir möchten Euch herzlich einladen zu unserer

Jahreshauptversammlung am Mittwoch, 24.2. um 20.00 im Gasthof „Zur Einkehr“ (Güthlein)

Folgende Tagesordnung ist vorgesehen:

1. Aktuelles
2. Wahl einer Versammlungsleitung
3. Rechenschaftsbericht / Kassenbericht
4. Entlastungen
5. Neuwahl von Vorstand, Revisoren und Vertretern im Kreisvorstand
6. Arbeitsplanung 2010
7. Verschiedenes

Nutzt bitte die Gelegenheit, über den Zustand unserer Partei vor Ort aber auch

auf Bundes- und Landesebene zu diskutieren!

Im Auftrag des Vorstandes
Gerd Peters

P.S.: Bei unserem Januar-Treffen haben wir über die unübersichtliche kommunalpolitische Situation in Erlangen angesichts der schwierigen finanziellen Rahmenbedingungen für den städtischen Haushalt gesprochen. Unklar ist die Ausgaben-Strategie der CSU und auch die Frage, ob CSU und FDP ein gemeinsames Haushaltskonzept zustande bringen. Daraus können sich ggf. neue Konstellationen der Mehrheitsbildung im Stadtrat ergeben. Aus diesem Grunde bestand Einvernehmen, dass erst nach der Haushaltsverabschiedung Ende Februar das Feinkonzept für den geplanten neuen „Westboten“ erstellt werden kann. Eine Auslieferung des „Westboten“ könnte dann im letzten Monatsdrittel erfolgen. Anwesend waren 8 Genossinnen und Genossen.

■ Distrikt West

Vorsitzender:

Gerd Peters

Telefon: 44366

gerd.peters-er@t-online.de

■ AG 60plus

Vorsitzende:

Helga Steeger
Telefon: 47866
helga.c.steeger@t-online.de

Liebe Genossin, lieber Genosse,
hoffentlich bist du nicht vergeblich am
20. Februar 2010 zum August-Bebel-Haus
in Erwartung einer 60 plus AG gekom-
men.

Auf unserer Sitzung im Dezember ha-
ben wir beschlossen, an diesem Tag zum
2. Demografie-Forum nach Nürnberg zu
fahren.

Leider konnten wir darüber nur mit
einem Zettel an der Eingangstür zum
ABH informieren, denn beim Redaktions-
schluss des MS für Dezember/Januar war
uns diese Veranstaltung noch nicht be-
kannt. Es war eine sehr gute Veranstal-
tung, durchgeführt vom Seniorenamt
der Stadt Nürnberg.

Jetzt laden wir herzlich ein zur

Jahreshauptversammlung der AG 60plus am Aschermittwoch, den 17. Februar, 15 Uhr, in das August-Bebel-Haus.

Folgende Tagesordnung ist vorgesehen:

1. Aktuelles
2. Wahl einer Versammlungsleitung
3. Rechenschaftsbericht
4. Entlastung
5. Neuwahlen von Vorstand und 2 Ver-
treterInnen im Kreisvorstand
6. Arbeitsplanung
7. Verschiedenes

Nach 4 Jahren Vorstandstätigkeit in
der AG 60 plus kandidiere ich nicht mehr,
weil die Tätigkeit als Vorsitzende des Se-
niorenbeirates sehr viel Zeit und Energie
in Anspruch nimmt.

Zum Schluss werbe ich nochmals hef-
tig für die AG 60 plus: Probiere es einfach
aus und komme, dann kannst du selbst
beurteilen ob es der richtige Platz für dich
ist.

Ich war und bin gerne in dieser AG und
gesellschaftspolitisch gibt es wahrlich
genug für uns Senioren zu tun.

Im Namen des Vorstandes grüßt herzlich
Helga Steeger

■ AsF

Sprecherinnen:

- Saskia Coerlin
scoerlin@hotmail.com
- Gabi Dorn-Dohmstreich
Telefon: 992114
dohmstreich@nefkom.net
- Gunda Gerstenmeyer
- Hildegard Gröger
Telefon: 502415
- Birgit Hartwig
Telefon: 55939
Birgit.Hartwig@web.de
- Jule Mildenberger
Telefon: 23435
- Barbara Pfister
Telefon: 502481
barbara.pfister@fen-net.de

Liebe Genossinnen,
herzliche Einladung zur

Jahreshauptversammlung am Mittwoch, 3.2.2010, um 20 Uhr im ABH

Vorläufige Tagesordnung:

1. Tätigkeits- und Rechenschaftsbericht
Diskussion
2. Entlastung des Vorstands
3. Neuwahl des Vorstands
 - a) Festlegung der Anzahl der Vor-
standsmitglieder

- b) Wahl des Vorstands
4. Personalvorschläge
 - a) 2 Vertreterinnen im KV (stimmbe-
rechtigt)
 - b) Vertreterin im GKV (nicht stimmbe-
rechtigt)
 - c) ggf. Mitglieder von AsF-Bezirksvor-
stand und AsF-Landesvorstand
 5. Weitere Aufgabenverteilung
(u.a. Frauengruppentreffen, Archiv)
 6. Arbeitsplanung für 2010
 7. Termine
 8. Sonstiges

Für den Vorstand
Hildegard Gröger

Liebe Genossinnen und Genossen,
ich lade euch herzlich ein zu unserer ein-
zigen Sitzung im Februar am

Dienstag, 16. Februar um 20 Uhr im August- Bebel-Haus.

Das Thema der Sitzung erhaltet ihr wie-
der per e-Mail.

im Namen des Vorstands lade ich euch
außerdem herzlich ein zur

Jahreshauptversammlung am Dienstag, 2. März, 20 Uhr im August-Bebel- Haus

Vorschlag für die Tagesordnung:

1. Begrüßung und Aktuelles
2. Wahl einer Mandatsprüfungs- und Zählkommission
3. Rechenschaftsbericht und Finanzbericht, jeweils mit Diskussion
4. Entlastung des Vorstands
5. Vorstellung, Diskussion und Beschlussfassung des Arbeitsprogramms 2010
6. Wahl der/des Vorsitzenden
7. Wahl der StellvertreterInnen
8. Vorschlag für die Wahl der VertreterInnen im SPD-Kreisvorstand
9. Anträge
10. Sonstiges und Schlusswort des/der neuen Vorsitzenden

Sozialistische Grüße
Michelle Starck

Protokoll der Juso-Sitzung am 12.1.2010

1. Frauen!

Themen für die nächsten Sitzungen

- Rollenbilder in den Medien
- Rollenbilder im Kindergarten (Julia am 26.1.)
- Erwartungen an Männer und Frauen in Beziehungen (->Munib: Artikel aus der „Neon“ im April/Mai)
- Zusammenfassung

2. Aktuelles und Berichte

- keine Berichte o.Ä.

3. Selbstdarstellungsflyer

- II. Gleichstellung/ Frauen (Johanna), wurde diskutiert und verändert
- IX. Soziales (Katharina), wurde diskutiert und verändert
- VII. Datenschutz (Sven F.), wurde diskutiert und verändert
- IV. Gegen Rechts (Silvia Orth), wurde diskutiert und verändert
- I. Wer wir sind (Philipp) wurde diskutiert und verändert
- VI. Umwelt, Energie und Verkehr (Andreas), wurde diskutiert und verändert

Die Themen Bildung, gute Arbeit und Jugendpolitik werden per E-Mail diskutiert

4. Termine

- die nächste Sitzung des Juso Kreisverbands findet am 26.1.10 statt
- am 16.2. findet nicht die Jahreshauptversammlung, sondern eine „normale“ Sitzung statt
- die Jahreshauptversammlung wurde auf den 2.3. verlegt
- außerdem findet am 16.3. eine Sitzung des Juso-Kreisverbandes statt

5. Sonstiges

- die oben genannten Themen des Selbstdarstellungsflyers werden per E-Mail diskutiert

■ Jusos

Vorsitzende:

Michelle Starck
Telefon: 0177-6001980
mitch_ave@yahoo.de

KLAR TEXT



Liebe Leserinnen und Leser,

nach den Wahl Niederlagen der vergangenen Jahre haben wir eine inhaltliche und personelle Neuaufstellung vorgenommen; die organisatorische Erneuerung der BayernSPD bringen wir bis Mitte des Jahres auf den Weg.

Die SPD-Landtagsfraktion hat mit ihrem neuen Fraktionsvorsitzenden Markus Rinderspacher einen adäquaten Nachfolger für Franz Maget gefunden.

Die Bundes-SPD wird nun aus der Opposition heraus mit ihrem neuen Parteivorsitzenden Sigmar Gabriel und Frank-Walter Steinmeier als Fraktionsvorsitzendem für eine soziale und gerechte Politik eintreten und kraftvoll gegen das Klima der nun so deutlich heraufziehenden sozialen Kälte im Lande ankämpfen.

Steuerliche Entlastungen der schwarz-gelben Bundesregierung, von denen gerade Menschen mit niedrigem Einkommen nicht profitieren, werden auf der anderen Seite mit Beitragserhöhungen, Privatisierung und Kürzungen gegenfinanziert. Diese Steuerausfälle führen jedoch auch zu enormen Mindereinnahmen für den Freistaat und die bayerischen Kommunen, zusätzlich zu den Belastungen aus dem Landesbankdesaster. Geld, das wir dringend für bessere Bildung und für Soziales brauchen könnten. Hinzu kommen weitere 3,75 Mrd. Euro durch den Verkauf der Hypo Group Alpe Adria – ein unvorstellbares Ausmaß politischen Versagens, für das die Verantwortlichen endlich zur Rechenschaft gezogen werden müssen!

Für das Jahr 2010 wünsche ich uns allen Kraft, Mut und Zuversicht!

Ihre/Eure

Christa Naaß

Christa Naaß, MdL
Vorsitzende der MittelfrankenSPD

Karl-Heinz-Hiersemann-Preis 2009 verliehen

(pd) Im gut besuchten Redoutensaal in Erlangen verliehen die SPD Mittelfranken und die SPD Erlangen den Karl-Heinz-Hiersemann-Preis 2009.

In der Laudatio strich Staatsminister Günter Gloser die Vorbildfunktion der geehrten Projekte heraus. Sie zeigten, dass die Jugend nicht sei, wie ihr nachgesagt werde: Nicht Jugendliche, die durch Gewalttaten auffielen, stellten die Mehrheit. Sondern die breite Mehrheit der Jugendlichen sei engagiert, setze sich mit ihrer Umwelt auseinander und bringe sich in die Gesellschaft ein.

Ausgezeichnet wurde zum einen die Klasse 8a (Schuljahr 2008/09) der Hauptschule an der Soldnerstraße in Fürth, die mit einem eigenen Beitrag für den „Zug der Erinnerung“ den Lebensweg des Fürther Juden Manfred Starkhaus nachgezeichnet hatte.

Ebenfalls mit dem Nationalsozialismus auseinandergesetzt hat sich die Arbeitsgruppe Schulspiel der Hauptschule Allersberg, die gemeinsam mit der Theatergruppe „Die Allersberger Drahtzieher“ das Stück

„Die unterbrochene Schulstunde oder: warum Stanislaus sterben musste“ aufführte.

Als dritte Gruppe ausgezeichnet wurde die Aktion „Rock gegen Rechts“ der Ansbacher Jusos unter anderem gemeinsam mit der Grünen Jugend, dem Bündnis Ansbacher Schülerinnen und Schüler sowie der DGB-Jugend Mittelfranken.

Einzelpreisträger war Sebastian Nähr vom Sigmund-Schuckert-Gymnasium in Nürnberg, der den Preis für sein vielfältiges Engagement unter anderem als Schülersprecher, Bezirks- und Landesschülersprecher, aber auch bei der Organisation des Bildungsstreiks 2009 erhielt.



Die Preisträgerinnen und Preisträger von der Hauptschule Soldnerstraße in Fürth mit Erlangens Kreisvorsitzendem Dieter Rosner (links), Altoberbürgermeister Dietmar Hahlweg und der SPD-Bezirksvorsitzenden Christa Naaß

Nur noch drei SPD-Bundestagsabgeordnete aus Mittelfranken

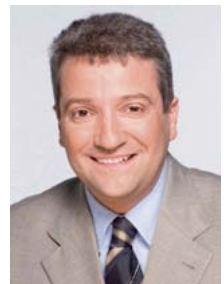
(pd) Seit der letzten Bundestagswahl wird Mittelfranken nur noch von drei Abgeordneten der SPD im Bundestag vertreten. Der Wiedereinzug gelang Günter Gloser (Wahlkreis Nürnberg-Nord), Marlene Rupprecht (Wahlkreis Fürth) und Martin Burkert (Wahlkreis Nürnberg-Süd/Schwabach). Die drei Abgeordneten nehmen in der Bundestagsfraktion weiterhin wichtige Aufgaben wahr. So ist Günter Gloser Mitglied im Auswärtigen Ausschuss, Marlene Rupprecht ist Kinderbeauftragte und Martin Burkert Bahnbeauftragter der Bundestagsfraktion.

Die Wahlkreise und Betreuungswahlkreise der Abgeordneten, ihre Aufgaben in der Fraktion und die Kontaktadressen finden sich auf Seite 4.

Thomas Beyer und Christa Naaß weiter im Vorstand der SPD-Landtagsfraktion

(pd) Bei der Neuwahl des Vorstandes der SPD-Landtagsfraktion wurden Dr. Thomas Beyer und Christa Naaß als stellvertretende Vorsitzende der Fraktion bestätigt.

Als neuer Fraktionsvorsitzender wurde der Münchner Abgeordnete Markus Rinderspacher gewählt. Er möchte mit einer „Dialogoffensive“ der Fraktion auf die Bürgerinnen und Bürger in Bayern zugehen.



Sitzung des Arbeitskreises Europa mit dem Europaabgeordneten Ismael Ertug

(ar) Der Arbeitskreis Europa der Mittelfranken-SPD konnte zur gut besuchten letzten Sitzung des Jahres 2009 Ismail Ertug, MdEP seit 2009, als Referenten begrüßen. Der in Amberg ansässige Parlamentarier stellte sich und seine Arbeit im Europäischen Parlament vor. In der lebhaften Diskussion kamen viele Themen zur Sprache, so dass Ismail bereits sein erneutes Kommen im nächsten Jahr in Aussicht stellte.

Da 2 Vertreter/innen der türkischen Presse anwesend waren, bleibt abzuwarten, ob sich diesbezüglich ein Meinungsaustausch mit Europa-Interessierten entwickelt.

Der AK trifft sich wieder am Samstag, 27. Februar 2010, 10.15 Uhr im Sitzungszimmer Karl-Bröger-Zentrum Nürnberg.

Jusos in Roth erkämpfen NightLiner-Anbindungen von Roth und Hilpoltstein

(se) Pünktlich zum einjährigen Bestehen des Unterbezirks geht der Ausbau des Juso-Ortsgruppennetzes im Landkreis Roth immer weiter. Nach den Stammgruppen in Roth und Wendelstein wurde im November 2009 eine neue Arbeitsgemeinschaft in Hilpoltstein gegründet. Das große Engagement der jungen Nachwuchspolitiker zahlt sich aus: Es gelang den Jusos, eine NightLiner-Anbindung über die Gemeinde Rednitzhembach nach Roth zu erkämpfen. An den Wochenenden gehen sogar zwei Verbindungen weiter bis nach Hilpoltstein. Wir meinen: ein bedeutender Vorteil für die „Nachtschwärmer“: Das Warten auf den ersten Zug in den frühen Morgenstunden gehört der Vergangenheit an.

Verfassungsmedaille für drei mittelfränkische Genossinnen und Genossen

(cn) Für ihre Verdienste um die Bayerische Verfassung wurden von Landtagspräsidentin Barbara Stamm drei mittelfränkische Genossinnen und Genossen mit der Verfassungsmedaille ausgezeichnet. Christa Naaß wurde für ihr verdienstvolles Wirken im Landtag sowie in den Kommunalparlamenten mit der Medaille in Gold ausgezeichnet. Arno Hamburger erhielt die Medaille ebenfalls in Gold für sein langjähriges Engagement als Stadtrat in Nürnberg und in der israelitischen Kultusgemeinde Nürnberg. Claus Pierer erhielt die Medaille in Silber für sein kommunalpolitisches Wirken als Bürgermeister der Stadt Cadolzburg und in Gremien des bayerischen Gemeindetages sowie des Städte- und Gemeindebundes.

Marlene Rupprecht wieder Kinderbeauftragte

(mr) Viele Erfolge von der Besserstellung von Kindern im Gesundheitsbereich über mehr Schutz vor Kindesmissbrauch bis hin zu besserer Betreuung für die Jüngsten konnte Marlene Rupprecht bereits verbuchen. Jetzt wurde die Fürther SPD-Bundestagsabgeordnete einstimmig als Kinderbeauftragte ihrer Fraktion bestätigt – eine Aufgabe, die sie seit 2002 innehat.

Marlene Rupprecht freut sich über die Anerkennung ihrer Arbeit: „Auch in der kommenden Legislaturperiode gilt es, dicke Bretter für die Durchsetzung von Kinderrechten zu bohren.“

Marlene Rupprecht: Erwachsene sollten Perspektive wechseln

Auch in der Kinderkommission des Deutschen Bundestags wird die Kinderbeauftragte vertreten sein: „Dass Kinder keine kleinen Erwachsenen sind, hat sich noch nicht überall herumgesprochen. Erwachsene tun gut daran, einmal die Perspektive zu wechseln: So führen Kinder keine Diskussionen um die Gebühr für Kindergartenplätze. Für sie ist es wichtig, vielfältige Entfaltungsmög-

lichkeiten zu haben, die den Entdeckerdrang wecken, und ein soziales Umfeld, das stark macht.“

Marlene Rupprecht freut sich auch auf die Arbeit in der Kinderkommission des Bundestags: „Hier ziehen die Kinderbeauftragten aller Fraktionen fraktionsübergreifend an einem Strang. Entscheidungen können nur einstimmig gefällt werden. Es ist gut, dass damit die Kinderpolitik über den Mehrheitsverhältnissen des Deutschen Bundestags steht. Dies gilt es auch für die Durchsetzung der Kinderrechte zu nutzen.“



Gemeinsam mit Manuela Schwesig, SPD-Vize und Sozialministerin in Mecklenburg-Vorpommern (links) setzt sich Marlene Rupprecht für die Aufnahme der Kinderrechte ins Grundgesetz ein.

Jetzt mitentscheiden!

MdEP Kerstin Westphal zum Inkrafttreten des Lissabon-Vertrags

(kw) Knapp einen Monat ist der Vertrag von Lissabon endlich in Kraft. Jetzt können wir EU-Abgeordnete endlich mitentscheiden! In 90 Prozent der Politikbereiche können wir nun mitbestimmen und nicht mehr nur mitdiskutieren. Auch der Bundestag

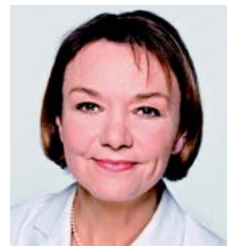


wird besser involviert, und so kann die Verzahnung der politischen Ebenen gelingen. Auch wenn wir als SPD leider weder in Bayern, im Bund noch in Europa die politische Mehrheit haben, können wir dennoch etwas verändern. Unser Forderungen nach besserer Bildung für alle, einem gesetzlichen Mindestlohn und damit Schutz vor Lohndumping, mehr Verbraucherrechten und mehr Rechten für ArbeitnehmerInnen sind richtig und gerade 2010 besonders wichtig.

Weitere Informationen: www.kerstin-westphal.de

Helga Schmitt-Bussinger: Feuerwaffen in privater Hand: Keine Sicherheit ohne ausreichende Kontrolle der Aufbewahrung!

(hsb) Die sicherheitspolitische Sprecherin der SPD-Landtagsfraktion, Helga Schmitt-Bussinger, fordert in einem Antrag die bessere Kontrolle des novellierten Waffengesetzes, da momentan eine Überprüfung quasi nicht stattfindet. Schmitt-Bussinger: „Ein Gesetz, das so essentiell für die Sicherheit von Bürgerinnen und Bürgern ist, muss aber auch ausreichend



Fortsetzung auf Seite 3

Die geplante Gesundheitsreform von Schwarz-Gelb

(kf) Der Koalitionsvertrag von Schwarz-Gelb im Bund kündigte eine erneute Gesundheitsreform an. Ihre Eckpunkte: Ab 2011 soll ein einkommensunabhängiger Beitrag zur gesetzlichen Krankenversicherung GKV (Kopfpauschale) eingeführt werden. Der Arbeitgeberanteil soll auf 7% eingefroren werden. Die GKV soll regionalisiert werden. Ferner soll zwingend ein Kapitalstock bei der Pflegeversicherung eingeführt werden. Beurteilung: Eine Umverteilung von unten nach oben. Der paritätische Beitrag – 1883 eingeführt durch Bismarck – wird erstmals aufgegeben. Für Geringverdiener und Rentner weniger Netto vom Brutto, somit bricht die FDP ein Wahlkampfversprechen.

AsF: Bedingungsloses Grundeinkommen statt Herdprämie

(aw) 2009 verärgerte das von den Regierungsparteien propagierte Betreuungsgeld („Herdprämie“) die AsF. Es konterkariert die gleichstellungs-, sozial- und familienpolitischen Ziele, für die sich die SPD seit Jahrzehnten eingesetzt hat. Eine moderne Gesellschaft sieht anders aus! Auf dem Weg vorwärts wird die AsF im Jahr 2010 mit den Jusos die Rollenbilder in der postmodernen Gesellschaft beleuchten (28. Feb., 11 Uhr im Südstadtforum Nürnberg) und in weiteren Veranstaltungen das bedingungslose Grundeinkommen diskutieren.



Feierliche Einweihung der neuen Regionalgeschäftsstelle in Roth



Die beiden MdLs Helga Schmitt-Bussinger und Dr. Thomas Beyer gratulieren der Rother Kreisvorsitzenden Christine Rodarius zur Eröffnung der neuen SPD-Geschäftsstelle

(se) Mit einem „Tag der Offenen Partei“ feierten Gäste aus Nah und Fern den Bezug der neuen SPD-Regionalgeschäftsstelle der beiden Unterbezirke Roth und Nürnberger Land. Der Einzugstermin in die neuen ebenerdigen, durch große Schaufenster transparent gestalten Räumlichkeiten hatte Symbolcharakter. „Die SPD wird sich nach den letzten Wahlniederlagen nicht verstecken, sondern will wieder offensiv um das Vertrauen der Bürger werben“, so die Rother Kreisvorsitzende Christine Rodarius. Dies freute auch die beiden Landtagsabgeordneten Helga Schmitt-Bussinger und Dr. Thomas Beyer, die als Betreuungsabgeordnete des Landkreises Roth ihre Sprechstunden im neuen Bürgerbüro anbieten werden. Für die Geschäftsstellenleiterin Christine Appelt und ihre Mitarbeiterin Regina Seidler bedeutet das technisch aufgerüstete Büro eine Erleichterung. „So kann nicht nur der Kontakt zu den Ortsvereinen weiter intensiviert, sondern auch der Service für die BürgerInnen verbessert werden“, so Appelt.

Landeskonzferenz der ASG Bayern in Nürnberg

(kf) Am 21.11.2009 fand im Löw's Hotel Merkur in Nürnberg die Landeskonzferenz der ASG Bayern statt. Das Hauptreferat hielt der Bundesvorsitzende Armin Lang. Die Landesvorsitzende Elisabeth Rüdiger (Pflegedirektorin an der Uni-Klinik Würzburg) wurde in ihrem Amt bestätigt. Aus Mittelfranken wurden wiedergewählt: Als stellvertretende Landesvorsitzende Marie-Luise Bickes (UB Nürnberg) und als Beisitzer Paul Vath (UB Erlangen). Eine Resolution zur geplanten Gesundheitsreform wurde verabschiedet. Zahlreiche Anträge zur Gesundheitspolitik fanden die Zustimmung der Delegierten.

kontrolliert werden. Dies war bisher nicht der Fall.“ Aus einer schriftlichen Anfrage der Abgeordneten gibt das bayerische Innenministerium bekannt, dass in den Jahren 2007 und 2008 auf 1.426.945 Waffen nur 675 Kontrollen kamen. Das entspricht einer Quote von 0,047 Prozent. Für Mittelfranken ergibt sich kein besseres Bild. „So kann es nicht bleiben. Es findet ja quasi überhaupt keine Kontrolle des Gesetzes statt.“ so Schmitt-Bussinger. Die SPD-Landtagsfraktion stellt nun den Antrag, die in Berlin verabschiedete Novellierung des Waffengesetzes auch in Bayern entsprechend zu vollziehen.

SPD fordert barrierefreien Ausbau des S-Bahn-Netzes Nürnberg

Thomas Beyer: Schluss mit Sparversion und mit Diskriminierung von Menschen mit Handicap

(tb) Einen durchgehend barrierefreien Ausbau des S-Bahn-Ergänzungsnetzes Nürnberg fordert der stellvertretende SPD-Fraktionsvorsitzende Thomas Beyer. „Es muss Schluss sein damit, dass das S-Bahnnetz der Franken-Metropole als Sparversion daherkommt. Auch muss die Diskriminierung der Menschen mit Handicap beendet werden“, betont der SPD-Abgeordnete aus dem Nürnberger Land zu seinem jetzt eingereichten Landtagsantrag.

Die derzeit laufende Errichtung des S-Bahn-Ergänzungsnetzes Nürnberg verwirkliche keine durchgehende

Barrierefreiheit. Bei den S-Bahn-Stationen Nürnberg-Ostring sowie Röthenbach a. d. Pegnitz sehen die Planungen keinen Einbau eines Aufzuges vor. Am Bahnhof Feucht sollen unterschiedliche Bahnsteighöhen zum Einsatz kommen, wodurch für mobilitätseingeschränkte Reisende ein Umsteigen jedenfalls aus der Fahrtrichtung Neumarkt/Oberpfalz überhaupt nicht möglich ist.

Staatsminister Zeil, so Beyer, habe in der Plenarsitzung des Bayerischen Landtages am 27. Oktober anlässlich der Beratung eines SPD-Antrages zum behindertengerechten Ausbau der Münchner S-Bahn eine entsprechende Antragstellung für das S-Bahn-Netz Nürnberg ausdrücklich eingefordert. Beyer: „Die SPD-Fraktion kommt dem jetzt gerne nach.“

Angelika Weikert: CSU und FDP schieben Entscheidung zu Jobcentern auf die lange Bank

(awt) Trotz mehrfacher Aufforderungen hat sich die bayerische Staatsregierung immer noch nicht zur Zukunft der Jobcenter positioniert. „Die Zerschlagung der Jobcenter kann sich kein verantwortungsbewusster Politiker leisten. Es geht hier um die Absicherung von Menschen, die auf staatliche Grundsicherung angewiesen sind“, so die SPD-Arbeitsmarktsprecherin Angelika Weikert. „Ich werde an dem Thema dran bleiben, damit CSU und FDP ihrer Verantwortung nachkommen.“

Aus den Parlamenten – Aus den Parlamenten – Aus den Parlamenten

Delegation der Jusos Mittelfranken besuchte Israel



(vs) Eine 13-köpfige Delegation der Jusos Mittelfranken besuchte im Dezember Israel. Tel Aviv, Jerusalem, Eilat, Ramallah, der Golan, die Grenzen zum Libanon und Gazastreifen waren einige Stationen der Reise. Auf dem Programm standen Treffen mit Young Meretz (Schwesterpartei der SPD), mit der Stadtspitze der Nürnberger Partnerstadt Hadera und mit Spitzenvertretern der Fatah-Jugend. Der Besuch der Shoa-Gedenkstätte Yad Vashem war tief bewegend.

Die Bundestagsabgeordneten der SPD Mittelfranken

Martin Burkert

Wahlkreis Nürnberg-Süd, Betreuungswahlkreis Roth/Nürnberger Land



Bahnbeauftragter der Bundestagsfraktion

Mitglied im Ausschuss für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung, stellvertretendes Mitglied im Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit

Kontakt:
martin.burkert@wk.bundestag.de
<http://www.martin-burkert.de>

Büro in Nürnberg
Karl-Bröger-Straße 9, 90459 Nürnberg
Telefon: 0911-4389630
Fax: 0911-435694

Büro in Schwabach
Pfarrgasse 8
91126 Schwabach
Telefon: 09122-17022
Fax: 09122-17099

Impressum

Der Mittelfrankenvorwärts wird zwei- bis dreimal jährlich von der MittelfrankenSPD, Karl-Bröger-Straße 9, 90459 Nürnberg herausgegeben.

Kontakt: vorwaerts@spd-mittelfranken.de
Chefredaktion und Layout: Philipp Dees (pd, V.i.S.d.P., Anschrift wie oben)

Redaktion: Michael Bischoff (mb), Thorsten Brehm (tb), Angelika Roth (ar)

MitarbeiterInnen dieser Ausgabe: Thomas Beyer (tb), Sven Erhard (se), Klaus Forster (kf), Marlene Rupprecht (mr), Robert Schmitt (rs), Helga Schmitt-Bussinger (hsb), Kerstin Westphal (kw), Victor Strogies (vs), Angelika Weikert (awt), Amely Weiß (aw)

Vertrieb: MittelfrankenSPD
Druck: City-Druck Nürnberg

Bezirkstagsfraktion setzt sich für niedrigere Bezirksumlage ein

(rs) Ohne Not belastet die CSU die Kommunen Mittelfrankens mit vier Millionen Euro. Trotzdem gelang der SPD eine erhebliche Reduzierung der ursprünglich vorgeschlagenen Umlagerhöhung. Statt um 2,4 Prozentpunkte, wie vom Bezirkstagspräsidenten bei Einbringung des Haushalts errechnet, wird sie nun um 1,5 Prozentpunkte steigen. Die SPD hatte mit einer Reihe von Entlastungsvorschlägen vorgerechnet, dass eine Erhöhung um lediglich 1,25 Prozentpunkte ausreichend wäre. Dadurch sah sich die CSU gezwungen, ihren anfänglichen Antrag im Verlauf der Haushaltssitzung noch einmal zu ändern. Zunächst wollten die Konservativen den Umlagesatz um 1,7 Prozentpunkte anheben. SPD, Grüne und Linke im Bezirkstags haben den Haushalt abgelehnt.

Die SPD wollte die Rücklage vollständig in den Haushalt übernehmen. Während der

Haushaltssitzung des Bezirkstags weigerte sich die CSU-Fraktion, die Rücklage des Bezirks vollständig aufzulösen, wie es die SPD beantragt hatte. „Damit wäre die Erhöhung der Umlagequote auf 1,25 Prozentpunkte zu begrenzen gewesen“, erklärt SPD-Fraktionschef Fritz Körber. Doch statt die gesamten 10,9 Millionen Euro aus der Rücklage zur Gänze in den Haushalt zu übernehmen, wollte die CSU nur 6,8 Millionen Euro nützen. Folge: „Nun liegt der Umlagesatz um 1,5 Prozentpunkte höher.“

Die SPD-Bezirkstagsfraktion hält es für nicht akzeptabel, wenn sich der umlageberechtigte Bezirk auf Kosten der Städte, Landkreise und Gemeinden Mittelfrankens eine Rücklage leistet. „Während wir nun vier Millionen Euro auf der hohen Kante haben, müssen die Kommunen dafür nun höhere Kredite aufnehmen“, ärgert sich Fritz Körber über die Uneinsichtigkeit der CSU. Das Argument, es gebe eine gesetzlich vorgeschriebene Mindestrücklage, zieht nach Meinung des SPD-Politikers überhaupt nicht. In der Vergangenheit hatte das Innenministerium angesichts einer schwierigen Finanzlage bereits einmal auf deren Einhaltung verzichtet und den Haushalt dennoch genehmigt.

Günter Gloser

Wahlkreis Nürnberg-Nord, Betreuungswahlkreis Ansbach/Weißenburg-Gunzenhausen



Mitglied im Auswärtigen Ausschuss, stellvertretendes Mitglied im Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union

Kontakt:
guenter.gloser@wk.bundestag.de
<http://www.guenter-gloser.de>

Büro in Nürnberg
Karl-Bröger-Straße 9, 90459 Nürnberg
Telefon: 0911-4389630
Fax: 0911-435694

Marlene Rupprecht

Wahlkreis Fürth, Betreuungswahlkreis Erlangen



Kinderbeauftragte der Bundestagsfraktion
Mitglied im Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, Mitglied in der Kinderkommission des Deutschen Bundestages, Mitglied in der Parlamentarischen Versammlung des Europarats/WEU

Kontakt:
marlene.rupprecht@wk.bundestag.de
<http://www.marlene-rupprecht.de>

Büro in Tuchenbach
Bergstraße 8, 90587 Tuchenbach
Telefon: 0911-7568362
Fax: 0911-7568382

Termine

07.02.2010, 10.30 h

Bezirkskonferenz der Jusos Mittelfranken
Nürnberg, Gewerkschaftshaus, Saal Burgblick, Kornmarkt 5-7

27.02.2010, 10.15 h

Veranstaltung des AK Europa zum Thema „Automobilindustrie – quo vadis?“
Nürnberg, Karl-Bröger-Zentrum, Karl-Bröger-Straße 9

28.02.2010, 11.00 h

Brunch der AsF und der Jusos Mittelfranken
Nürnberg, Südstadtforum, Siebenkeesstraße 4

26.06.2010

SPD-Bezirksparteitag 2010 mit Neuwahl des Vorstandes
Erlangen, Heinrich-Lades-Halle, Kleiner Saal, Rathausplatz

Bitte mailt Eure Termine an das SPD-Bezirksbüro, info@spd-mittelfranken.de, damit sie auf der Homepage und im Mittelfrankenvorwärts abgedruckt werden!

Keine Scham – keine Schuldgefühle

Schwarz-Gelb macht sich den Staat zur Beute



Keine Scham – keine Schuldgefühle: Weder FDP noch CSU bestreiten die Spenden des Großunternehmers August Baron von Finck. Damit wird deutlich: Die schwarz-gelbe Koalition handelt in wesentlichen Punkten nicht im Interesse der Bürgerinnen und Bürger. Stattdessen bedient sie gezielt einflussreiche und finanzstarke Lobbygruppen.

1,1 Millionen Euro an die FDP – 820.000 Euro an die CSU.

Entgegen aller ökonomischer Vernunft und dem Rat vieler Experten hatte Schwarz-Gelb im Koalitionsvertrag vereinbart, den Mehrwertsteuersatz für Hotelübernachtungen von 19 auf 7 Prozent herunter zu setzen. Ein reines Klientelgeschenk – denn schnell wurde klar, dass die Hotelbranche keineswegs geneigt ist, die zusätzlichen Einnahmen als Preissenkungen an ihre Gäste weiterzugeben.

Kurz darauf wurde bekannt, dass die Substantia AG, die als Miteigentümerin der Mövenpick-Gruppe zahlreiche Hotels in Deutschland betreibt, FDP und CSU im Wahlkampf mit Spenden in sechstelliger Höhe bedacht hatte: 1,1 Millionen Euro für die FDP, 820.000 Euro für die CSU. Substantia-Inhaber Baron von Finck verwaltet sein Milliardenvermögen von der Schweiz aus – geschützt vor den deutschen Steuerbehörden.

SPD-Parteichef Sigmar Gabriel: „Offensichtlich haben wichtige Spender bei CSU und FDP Einfluss genommen. Teile der Regierung sind offensichtlich käuflich.“

Schwarz-Gelb macht sich den Staat zur Beute.

In der Öffentlichkeit hat das Millionengeschenk zu vernichtenden Kommentaren geführt. Besonders die FDP hat sich wieder als das entpuppt, was sie immer war: die Partei der Klientelinteressen. Statt sich am Gemeinwohl zu orientieren, bedient sie seit Regierungseintritt wieder ungeniert die Geldbeutel ihrer Stammwählerschaft aus Pharmaindustrie, Ärzte- und Apothekerschaft, Privatversicherungen, Steuerberatern, etc.

Die Rechnung für die Steuergeschenke an Besserverdienende will Schwarz-Gelb erst nach der Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen präsentieren. Doch wer zahlen soll, wird schon jetzt klar: zum Beispiel Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer durch Wegfall der Steuerfreiheit von Feiertags- und Nachtzuschlägen, Studierende durch flächendeckende Studiengebühren, Arbeitslose durch Leistungskürzungen, der öffentliche Dienst durch Nullrunden und alle gesetzlich Krankenversicherten durch eine „Kopfpauschale“ im Gesundheitswesen ...

Die SPD steht für Gemeinwohl statt Klientelpolitik.